

INVENTION  
INNOVATION  
WACHSTUM

WIRTSCHAFT TRIFFT POLITIK 2006

Christoph Kannengießer  
Franz Schoser (Hrsg.)

I  
M  
  
P  
L  
E  
N  
U  
M

Mit Beiträgen von  
Klaus Henning | Bernhard Kempen  
Norbert Walter | Georg Milbradt  
Volker Kauder | Burkard Spinnen

ISBN 978-3-939826-34-7

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Bei den hier abgedruckten Beiträgen handelt es sich um die überarbeiteten Reden, die im Rahmen der Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Invention – Innovation – Wachstum“ im Rahmen der Reihe „Wirtschaft trifft Politik“ gehalten worden sind, sowie um das Kapitel „Was ist die Wirtschaft?“ aus: Burkhard Spinnen, Eberhard Posner: Klar-sichtHüllen. Ein Dialog über Sprache in der modernen Wirtschaft. Diese Tagung fand in der Villa La Collina in Cadenabbia vom 13. bis zum 15. Oktober 2006 statt.

Redaktion:

Dr. Christine Wagner

© 2007 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.

Fotografie: Harald Odehnal, Konrad-Adenauer-Stiftung

Satz: workstation gmbh, produktionservice für analoge und digitale medien, Bonn.

Druck: Druckerei Franz Paffenholz, Bornheim.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-939826-34-7

## INHALT

### 5 | VORWORT

*Christoph Kannengießer*

*Franz Schoser*

### 9 | WIE REALISIEREN SICH KREATIVE PROZESSE? – MIT 12 THESEN ZUR LUST AUF ZUKUNFT

*Klaus Henning*

### 27 | D – LAND DER DICHTER, DENKER UND FORSCHER? BLOCKADEN FÜR INVENTIONEN UND INNOVATIONEN

*Bernhard Kempen*

### 41 | GLOBALE WACHSTUMSZENTREN – WER SIND UNSERE HERAUSFORDERER? WIE RÜSTET SICH DEUTSCHLAND?

### 43 | ERSTES STATEMENT

*Norbert Walter*

### 53 | ZWEITES STATEMENT

*Georg Milbradt*

### 63 | DEUTSCHLANDS WACHSTUMSPOTENZIAL NUTZEN! ANTWORTEN DER POLITIK

*Volker Kauder*

### 75 | „WAS IST DIE WIRTSCHAFT?“

*aus: Burkhard Spinnen, Eberhard Posner: Klar-sichtHüllen. Ein Dialog über Sprache in der modernen Wirtschaft, Carl Hanser Verlag München Wien 2005, S. 1–8.*

### 81 | AUTOREN UND HERAUSGEBER

## VORWORT

Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als eine ökonomische Erfolgsgeschichte, sie ist eine tragende Säule unseres Gemeinwesens insgesamt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich dem wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzept besonders verpflichtet gefühlt, das von Ludwig Erhard, Konrad Adenauer und anderen mit Weitblick und gegen manche Widerstände durchgesetzt wurde. Leider wird es nicht immer hinreichend kompetent gegen Verfremdung oder Instrumentalisierung verteidigt.

Die Soziale Marktwirtschaft hat nichts an Aktualität verloren, sondern hat im Gegenteil angesichts der Zukunftsherausforderungen als Ordnungsmodell neue Bedeutung. Deshalb ist sie zentraler Arbeitsschwerpunkt der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Stiftung beteiligt sich an der Ausformulierung und zeitgemäßen Fortentwicklung des Leitbilds der Sozialen Marktwirtschaft unter neuen Bedingungen, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch international. In den Schwerpunktprojekten „Soziale Marktwirtschaft“, „Moderne Bürgergesellschaft“ und „Zukunft Europa“ erarbeiten Fachleute Lösungsansätze für die Politikberatung. Die Forschungsergebnisse gehen in die Arbeit unserer beiden Bildungszentren und der sechzehn Bildungswerke ein, die im Inland mit ihren Seminaren und Fortbildungsveranstaltungen jährlich etwa 150.000 Menschen erreichen. In Seminaren der Begabtenförderung diskutiert die Stiftung mit ihren 1.700 Stipendiaten – Studenten und Doktoranden aus über dreißig Ländern – die heutigen Herausforderungen und vermittelt die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. 9.000 Altstipendiaten aus fast allen Bereichen sind Zeichen für das große Netzwerk der Stiftung.

In der internationalen Arbeit berät die Konrad-Adenauer-Stiftung in über 120 Ländern Regierungen, Gewerkschaften, Parteien, Nichtregierungsorganisationen, Journalisten, Religionsführer und Politiker mit dem Ziel, stabile demokratische und wirtschaftliche Verhältnisse zu ermöglichen. Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht nur der geeignete Ord-

nungsrahmen für die nationale Entwicklung, sie ist eben auch immer noch – das stellen wir jedenfalls insbesondere auch in der Debatte mit Vertretern aus Schwellenländern fest – ein Exportartikel, wie immer man das aus der inländischen Perspektive bewerten mag. Und eines unserer besonders erfolgreichen Projekte, das „Lexikon Soziale Marktwirtschaft“, ist mittlerweile über unsere Auslandsbüros ins Chinesische, ins Vietnamesische, ins Spanische, ins Koreanische und ins Serbische übersetzt worden. Die Vorbereitung für die Übersetzung des Standardwerks in weitere Sprachen, z.B. Englisch, aber auch Französisch, Tschechisch, Arabisch und Ungarisch sind angelaufen; Polnisch ist geplant. Darüber hinaus fördert die Stiftung über ihre Auslandsposten die Verbreitung der Ideen der Sozialen Marktwirtschaft durch begleitende Seminare und Fachtagungen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist keine Wirtschaftstheorie. Sie stellt vielmehr den Menschen, sein Engagement und seine Initiative in den Mittelpunkt. Ihre Stärke verdankt sie nicht zuletzt der Fähigkeit zur permanenten politischen und ökonomischen Innovation im selbständigen Unternehmertum und in der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Erst praktisches Handeln und persönliches Vorbild erfüllen sie mit Leben. Aus diesem Grund hat die Konrad-Adenauer-Stiftung den „Preis Soziale Marktwirtschaft“ geschaffen. Mit diesem Preis werden seit 2002 herausragenden Leistungen von Unternehmerpersönlichkeiten im Geist der Sozialen Marktwirtschaft ausgezeichnet. Die Leistung der Preisträger soll Mut machen, auch schwierige Aufgaben entschieden anzupacken. Sie soll und wird inhaltliche Anstöße für die politische Arbeit vermitteln und die Bedeutung der Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft herausstellen. 2006 wurde zum ersten Mal eine Frau Preisträgerin, Dr. Sybill Storz, Gesellschafterin der Carl Storz GmbH aus Tuttlingen. Bisherige Preisträger waren Hans Werner Otto, Berthold Leibinger, Helmut O. Maucher und im letzten Jahr mit Hans Bruno Bauerfeind ein Unternehmer aus den neuen Bundesländern.

Politik und Wirtschaft sind gefragt, wenn es darum geht, Reformen in Deutschland zu realisieren, die unser Land wieder voranbringen. Der Konrad-Adenauer-Stiftung ist es ein wichtiges Anliegen, den Dialog mit Repräsentanten der deutschen Wirtschaft zu intensivieren. Die Veranstaltung „Wirtschaft trifft Politik“ in der Villa La Collina – dem früheren Feriendomizil Konrad Adenauers in Cadenabbia am Comer See, heute ein internationales Begegnungszentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung –

dient dem Ziel, Meinungsführer aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zusammenzubringen. Erstmals hat „Wirtschaft trifft Politik“ im Jahr 1995 stattgefunden; seither fand die Tagung fünf Mal statt. Das Treffen soll den Teilnehmern fern von Tagespolitik und Tagesgeschäft Gelegenheit zum Gedankenaustausch geben.

Zeugnis für den Erfolg des Forums ist die Referentenliste. Aus der Politik waren u.a. Gast: Angela Merkel, Horst Köhler, Friedrich Merz, Gerhard Stoltenberg; aus der Wirtschaft: Bernd Pichelsrieder, Hans Dietrich Winkhaus, Kurt Lauk, Johannes Ludewig oder Ernst Moritz Lipp. 2006 lautete das Thema „Invention – Innovation – Wachstum“.

Prof. Dr. Klaus Henning, Vorstand Institut für Unternehmenskybernetik der RWTH Aachen, legte in seinem Vortrag die Zusammenhänge von Kreativität, Motivation, Freiheit und Innovation dar. Wie es mit Deutschland als „Land der Dichter und Denker“ bestellt ist, fragte Prof. Dr. Bernhard Kempen, Präsident des Deutschen Hochschulverbandes. Er zog den Bogen dabei von der Exzellenz-Initiative über die Folgen der Föderalismusreform, die Studentenwelle, die Attraktivität des Professorenberufs, das Verhältnis von außeruniversitärer und universitärer Forschung, Einheit von Forschung und Lehre bis zur Frage nach der Hochschulautonomie. Prof. Dr. Norbert Walter, Deutsche Bank Research, und der sächsische Ministerpräsident diskutieren zusammen über die Herausforderer Deutschlands im globalen Wettkampf. Antworten, wie Deutschlands Wachstumspotenzial genutzt werden kann, gab schließlich Volker Kauder MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, von Seiten der Politik. Abgerundet wurde die Tagung mit einer Lesung des KAS-Literaturpreisträgers Burkhard Spinnen.

Bereits Konrad Adenauer sagte 1952: „Verträge schaffen noch kein Vertrauen unter den Vertragsschließenden. Gemeinsame Arbeit, Sichkennenlernen, das schafft Vertrauen“. In diesem Sinne wünschen wir uns, dass unsere Tagung „Wirtschaft trifft Politik“ Früchte trägt.

Christoph Kannengießer | Franz Schoser

# WIE REALISIEREN SICH KREATIVE PROZESSE?

MIT 12 THESEN ZUR LUST AUF ZUKUNFT

*Klaus Henning*

## **AUSGANGSSZENARIO FÜR KREATIVITÄT UND INNOVATION AM STANDORT DEUTSCHLAND**

Unternehmen und ihre Mitarbeiter sehen sich heute schnellen und stetigen Veränderungen gegenüber. Diese sind durch einen verschärften Wettbewerbsdruck, immer kürzere Produkt- und Innovationszyklen, eine stetige Veränderung der Qualifizierungsanforderungen und eine Zunahme flexibler, ungesicherter Arbeitsverhältnisse charakterisiert.

Unternehmen sind dabei zunehmend dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Sie müssen alle Ressourcen bündeln, um auf einem globalisierten Markt bestehen zu können. Die Zukunftsszenarien sind sich in der Perspektive 2020 einig: China, Indien, Amerika (Nord und Süd) und Europa gemeinsam mit Russland werden die prägenden Wirtschaftsräume der Zukunft sein (vgl. Heymann u.a. 2005; Scharioth u.a. 2004). Zwischen diesen vier „Global Playern“ wird der internationale Wettbewerb ausgetragen werden (Abb. 1).

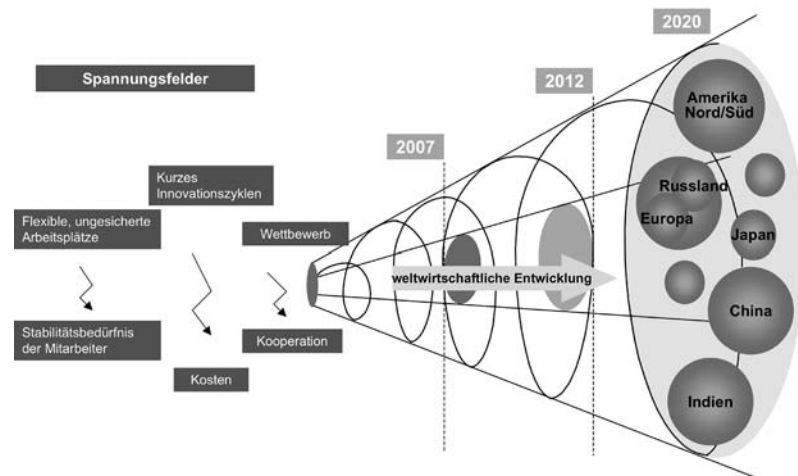


Abb. 1: Wirtschaftsräume der Zukunft

Wie kann es Deutschland als Teil der Europäischen Union erreichen, in diesem Spannungsfeld eine wichtige Rolle zu spielen? Dies kann nur gelingen, indem Wissen in den Bereichen, in denen Deutschland traditionell stark ist, in immer schnelleren Zyklen generiert und in Produkte sowie Dienstleistungen umgesetzt wird. Der fachliche Schwerpunkt wird u.a. im Maschinen- und Anlagenbau, der Automotive-Branche, der Energietechnik und der Elektrotechnik liegen (vgl. Gleich u.a. 2006). Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Entwicklungsdynamik der inhabergeführten Unternehmen in Deutschland, die über 75 Prozent aller Arbeitsplätze stellen und zum überwiegenden Teil mittelständischer Natur sind (Abb. 2, vgl. Institut für Mittelstandsforschung 2006). Dies setzt die Einsicht voraus, dass Wissen in und aus diesen Bereichen der entscheidende Produktions- und damit auch Wachstumsfaktor ist, mit dem Deutschland im globalen Wettbewerb bestehen kann (vgl. Dassen-Housen 2000).

### Was bedeutet der Mittelstand für Deutschland?

Betriebsgröße MA-Zahl	Anteil der Betriebe	Anteil der Beschäftigten	Anteil der inhabergeführten Unternehmen	Arbeitsplätze durch inhabergeführte Unternehmen
<b>Bis 19</b>	<b>89,9%</b>	<b>27,9%</b>	<b>92,0%</b>	<b>25,6%</b>
<b>20 bis 99</b>	<b>8,2%</b>	<b>25,5%</b>	<b>84,3%</b>	<b>21,5%</b>
<b>100 bis 249</b>	<b>1,1%</b>	<b>10,4%</b>	<b>66,2%</b>	<b>6,9%</b>
<b>250 bis 499</b>	<b>0,6%</b>	<b>14,5%</b>	<b>68,9%</b>	<b>10,0%</b>
<b>500 und mehr</b>	<b>0,2%</b>	<b>21,7%</b>	<b>49,1%</b>	<b>10,6%</b>

Summe 74,6%

- **Inhabergeführte Unternehmen stellen ca. 75% der Arbeitsplätze zur Verfügung.**
- **Inhabergeführte Unternehmen sind der Jobmotor in Deutschland.**

© Aixcore Group; Quelle: IfM Bonn, Statistisches Bundesamt Stand 2004

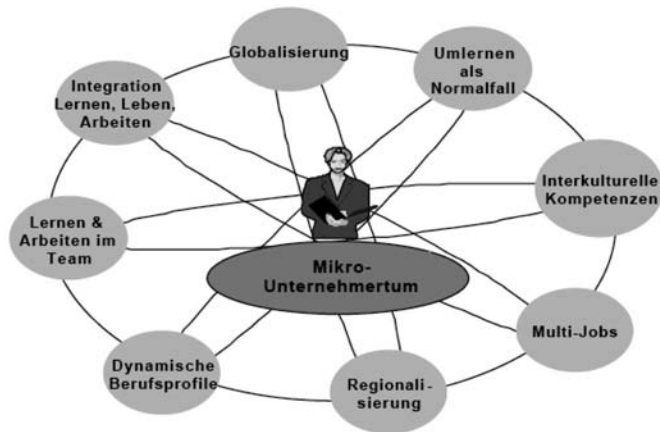
Abb. 2: Inhabergeführte Unternehmen – der Jobmotor Deutschlands

Der Bezeichnung Klein- und Mittelständische Unternehmen liegt dabei nicht nur die rein quantitative Definition der EU zu Grunde, sondern sie umfasst ebenso spezifische qualitative Merkmale: Klein- und Mittelständische Unternehmen zeichnen sich durch

- die Einheit von Risiko und Leitung,
- die Einheit von Selbstständigkeit der Entscheidung und das Tragen von Verantwortung sowie
- die Einheit von wirtschaftlicher Existenz des Inhabers und der Existenz des Betriebes aus.

Diese Betriebe stehen besonders für die Wahrnehmung von sozialer Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern, für die erfolgreiche Integration von Arbeits- und Lernprozessen und für die Verbundenheit mit dem Standort Deutschland. Wenn man nun fragt, wie und wo sich kreative Prozesse realisieren und was eigentlich das Erfolgsszenario für Kreativität und Innovation am Standort Deutschland ist, das zu den heute vorhandenen Stärken geführt hat, können die Überlegungen nicht an

den für Deutschland so typischen inhabergeführten Unternehmen vorbei gehen. Das Thema Innovation und Kreativität hängt entscheidend davon ab, wie wir mit dieser unternehmerischen Elite umgehen – also mit den Menschen, die mit ihrem (Mikro-)Unternehmertum den Wirtschaftsstandort prägen und immer wieder neue Antworten auf die Herausforderungen im Kontext von Arbeiten, Lernen und Kompetenzentwicklung finden müssen (vgl. Strina/Henning 2003), (Abb. 3).



© Aixcore Group

Abb. 3: Mikrounternehmertum im turbulenten Umfeld

Diese Elite ist durch folgende Verhaltensmerkmale geprägt:

- Sie denken und planen in globalen Strukturen und kennen die Stärken der regionalen Innovationsmilieus (vgl. Hunecke 2003).
- Sie wissen, dass die Zukunft durch dynamische Berufsprofile geprägt ist und ständiges Umlernen Normalfall wird.
- Generiert u.a. durch die I&K-Technologien greifen die Bereiche des Arbeitens, des Lernens und aller anderen Lebensbereiche immer mehr ineinander. Multijobs werden dabei die Regel werden.
- Schließlich werden multikulturelle Kompetenzen zunehmend das Arbeiten und Lernen in Teams prägen (Henning u.a. 1997).

## KREATIVE PROZESSE UND INNOVATIONSMANAGEMENT

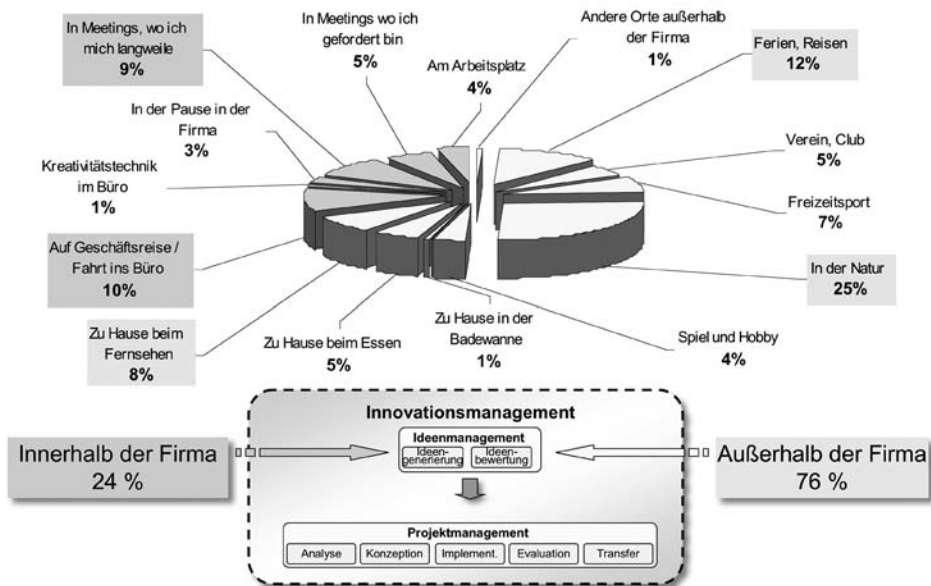
Auf den globalen Märkten der Zukunft werden nur noch die Unternehmen Erfolg haben, die nachhaltig den durch Mikrounternehmertum geprägten Innovationsprozess vorantreiben und diesen Prozess auf diejenigen Produkte und Dienstleistungen fokussieren, in denen wir bereits Weltmarktführerschaft am Standort Deutschland haben. Nach dem Motto: Stärken stärken. Solche Unternehmen zeichnen sich nicht nur dadurch aus, dass sie Innovationspotenziale selbst und frühzeitig erkennen, sondern dass sie auch in der Lage sind, Potenziale systemisch zu erfassen und zu nutzen. Die Wechselwirkung zwischen Innovationsmanagement einerseits und Wettbewerbsfähigkeit andererseits wird durch viele Unternehmen erkannt. Doch liegen in der Gestaltung des Innovationsmanagements immense ungenutzte Potenziale. Während einige Unternehmen diesen Zusammenhang mit ihrem unternehmerischen Geschick instinktiv in Prozesse einfließen lassen, wählen andere Firmen den Weg der vollkommenen Standardisierung ihrer Innovationsprozesse. Oftmals bestimmt jedoch nicht die strategische Ausrichtung eines als wichtig und gut eingestuften Innovationsprozesses das Handeln, sondern Alltagsstress und Ressourcenbeschränktheit (vgl. Strina u.a. 2003).

Die Bedeutung der betrieblichen Innovationsfähigkeit steht nicht – auch nicht während Krisenzeiten – zur Debatte. Aber obwohl die meisten Unternehmen eine nachhaltige Innovationsfähigkeit als lebensnotwendig erkennen und entsprechende Strategien und Maßnahmen ableiten und implementieren, kennen die meisten die eigenen Innovationspotenziale und Erfolgsfaktoren nur selten oder lediglich „aus dem Bauch“ heraus (vgl. Drucker 1985). Immer wieder machen Unternehmen die Erfahrung, dass „kreative Köpfe“ in der Regel nach betrieblichen Rahmenbedingungen verlangen, die es ihnen erlauben, persönliche Charakteristika (dazu gehören u.a. Interesse, Hintergründe, Neugier, Überheblichkeit, Bereitschaft zuzuhören, Zuversicht, Bescheidenheit) in die Arbeitswelt zu integrieren (vgl. Hargadon / Sutton 2000). Dabei ist es nicht notwendig, dass die Chefs selbst Querdenker sind. Sie müssen Querdenken erlauben und Querdenker unterstützen.

Unternehmen können demnach die Mitarbeiter nur motivieren bzw. halten, wenn diese die entsprechenden „Freiräume“ finden und nutzen können. Eine Systematisierung des Innovationsprozesses für die Erreichung des erwünschten wirtschaftlichen Erfolgs reicht also nicht aus.

Disziplin und Kreativität müssen in einer Innovationsstrategie koexistieren können. Es ist Aufgabe des (Top-)Managements, die entsprechenden Rahmenbedingungen mit den passenden Maßnahmen zu gestalten. Die theoretische Unterstützung hierfür wird durch diverse Innovationsmodelle geliefert, wie z.B. dem SENEKA-Innovationsmodell (SIM), das den Anspruch hat, Unternehmen in die Lage zu versetzen, die eigenen Innovationspotenziale rechtzeitig zu erkennen, zu erfassen und zu nutzen und dadurch den nachhaltigen Wettbewerbsvorsprung in einer praktikablen Form zu ermöglichen.

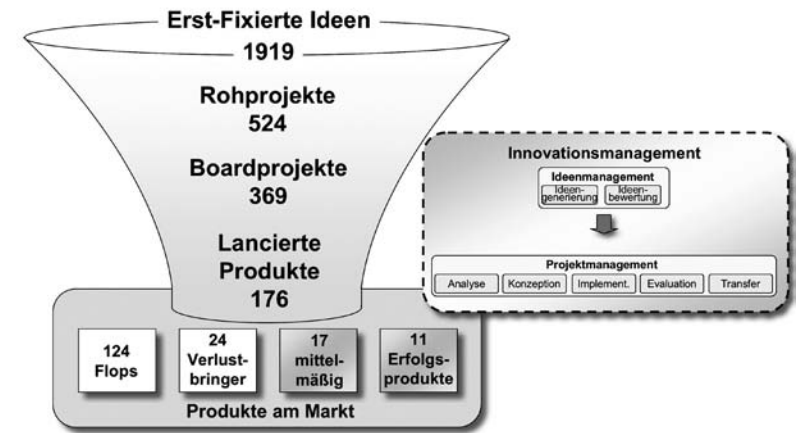
In Zeiten sich globalisierender Ressourcenfindung und Innovationsprozessen durch die Nutzung des „Wissens der Vielen“ kommt dem Aufbrechen des „Das haben wir schon immer so gemacht“ eine besondere Bedeutung zu. Etwas anders machen als bisher heißt dabei aber auch, sich des Wissens anderer zu bedienen, die bisher in den Prozess nicht eingebunden waren.



© Aixcore Group; Quelle: an Anlehnung an W. Walter, Universität Karlsruhe (TH) 1997

Abb. 4: Wo entstehen neue Ideen? (nach Berth 1993)

Dazu muss man sich vergegenwärtigen, wo wir eigentlich kreativ sind (Abb.4). Wir sind zum Beispiel zu einem Prozent in der Badewanne zu Hause kreativ, zu fünf Prozent beim Essen und zu acht Prozent beim Fernsehen, zu zehn Prozent auf der Geschäftsreise und zu einem Prozent, wenn wir Kreativitätstechniken im Büro anwenden. In der Pause bin ich zu drei Prozent kreativ, in Meetings, wo ich mich langweile, zu neun Prozent, am Arbeitsplatz zu vier Prozent, auf Reisen und in Ferien zu zwölf Prozent. Fazit: Innerhalb der Firma 24 Prozent, außerhalb der Firma 76 Prozent – und davon als größten Einzelbereich zu 25 Prozent in der Natur.



© Aixcore Group; Quelle: in Anlehnung an R. Berth, 1993

Abb. 5: Der Innovationswolf

Es kommt jedoch erst bei jedem tausendsten oder fünfhundertsten Gedanken zu einer betriebsbrauchbaren Idee (Abb. 5). Und um erfolgreich am Markt zu sein, brauche ich sehr viele Ideen. Der wirtschaftliche Erfolg von Innovationen hängt letztendlich davon ab, ob diese als erfolgreiches Produkt bzw. Systemlösung auf dem Markt bestehen können. Die beste betriebliche Innovation kommt entweder auf den Markt, weil sie von Kunden nachgefragt wird, oder in die Schublade, bis die Nachfrage kreierte oder plötzlich unter anderen Umständen wieder entdeckt wird.



## MERKMALE EINES KREATIVEN INNOVATIONSPROZESSES

Wenn man nun nach Merkmalen fragt, wie Kreativitäts- und Innovationsprozesse organisiert und gesteuert werden können, dann ist die Voraussetzung dafür, dass das Unternehmen selbst im ständigen Wandel ist – und zwar unter Beteiligung aller im Betrieb. Innovation bedeutet immer Bruch mit der Vergangenheit und das Verletzen lieb gewordener Gewohnheiten. Dieses Verständnis setzt jedoch eine entsprechend gewachsene Unternehmenskultur voraus. Ein kreativer Innovationsprozess zeichnet sich demnach als beteiligungsorientierter Change-Prozess aus, der auf einem H-O-T Ansatz basiert (vgl. Brandt 2003), der

- zuerst den Menschen (**H**uman),
- dann die **O**rganisation und im dritten Schritt
- die **T**echnologie berücksichtigt.

Dabei erzwingen innovative Technologiefusionen neue Wege beteiligungsorientierten Arbeitens und Lernens in global verteilten Teams (vgl. Henning/Schmitt 2006).

Unabhängig von der Frage, wo Ideen entstehen, ist es Aufgabe des Unternehmens, die Mitarbeiter in Bezug auf die notwendigen Kompetenzen innovationsfähig zu machen. Mitarbeiter müssen in die Lage versetzt werden, ihr Fachwissen unter hohem Arbeits- und Wettbewerbsdruck auszubauen und Lösungen für zunehmend komplexe Probleme zu entwickeln. Eine nachhaltige Kompetenzentwicklung muss diese Rahmenbedingungen berücksichtigen und die Mitarbeiter handlungsfähig machen. Arbeiten und Lernen wachsen dabei zunehmend zusammen – auf allen Ebenen (vgl. Ludwig u.a. 2007). Individuelles Lernen, das Lernen in Teams, in der Organisation und in Netzwerken wird existenzieller Bestandteil der (Zusammen-)Arbeit. Die Verknüpfung von Arbeits- und Lernprozessen im betrieblichen Kontext fordert alle Beteiligten: Wissenschaft und Praxis, Unternehmer und Mitarbeiter.

Hierzu einige Beispiele: Junge Leuten gründen heute Unternehmen in der Startphase gleich an drei Stellen auf dem Globus: eins in den USA, eins in Asien und eins in Europa, und das mit 10 Personen. Warum? Damit sie z.B. den Konstruktionsprozess von Anfang an rund um die Uhr vorantreiben können.

Oder das Beispiel Crystal Space: In Aachen haben wir vor kurzem die so genannte Crystal Space Organisation untersucht – diese entwickelt eine professionelle Software für 3D-Animationen. Dazu gibt es ungefähr sechzig bis hundert Menschen auf diesem Globus, die aus Spaß solche Software produzieren, und diese ins Netz und somit allen zur Verfügung stellen. Die Organisation hat 2007 zehnjähriges Jubiläum. Wir haben sie im Jahr 2006 nach Aachen eingeladen – auf unsere Kosten, sonst wären sie nicht gekommen –, damit sie sich zum ersten Mal „physikalisch“ kennen lernen. Diese Menschen haben sich noch nie vorher gesehen und haben seit neun Jahren intensiv zusammengearbeitet. Auch das ist ein Weg, wie Kreativität sich heute gestaltet.

Und wenn man dagegen schaut, was manches Großunternehmen z.B. der Luft- und Raumfahrt an Problemen hat, um seine Produktentwicklung effizient zu gestalten, dann entdeckt man im Vergleich einige Rahmenbedingungen für effiziente Kooperation und Kreativität. Wenn man z.B. als Unternehmen die Elemente Freude und Begeisterung für die Sache nicht bieten kann, dann kann man dieses Defizit mit noch so viel Geld nicht kompensieren.

Kreativität braucht eine entspannte Wahrnehmung von Komplexität und Dynamik. Es braucht Rahmenbedingungen, die Querdenken fördern.

Wie aber gestaltet man eine Organisation mit Querdenkern? Dazu braucht es ein Unternehmensklima, in dem man sich auch einmal zurücklehnen kann. Es werden Menschen benötigt, die einerseits unabhängig denken und handeln, andererseits innere Lähmung und Angst vor der eigenen Kreativität überwunden haben. Bei kreativen Führungskräften sind nach zehn, fünfzehn, zwanzig Jahren sehr häufig massive Verschleißerscheinungen im Hinblick auf den Mut zur Kreativität zu beobachten. Wenn man in Unternehmen nach den Ursachen dafür fragt, dann stößt man meistens darauf, dass die Menschen durch die Verhältnisse, unter denen sie das Unternehmen führen mussten, sehr viel eingesteckt haben. Wenn Menschen außen mit vielen Widerständen und Ängsten umgehen, dann ist es ein Naturgesetz, dass im Inneren, aus der jeweiligen Biographie heraus, Ängste hervorkommen, die in den individuellen Erfahrungen der Akteure liegen. Und je mehr Verantwortung, je mehr Turbulenzen von außen auf die Person einwirken, desto mehr muss diese in seinem Inneren mit sich im Reinen bleiben oder werden. Hier liegt die eigentliche Ursache des so genannten „Burnouts“: Ich muss mit der Angst vor meiner eigenen Kreativität, wieder auszubrechen, mich wieder

zu exponieren, wieder angefeindet zu werden, wieder nicht verstanden zu werden, im Reinen sein, nach dem Motto: „Der liebe Gott hat mich so geschaffen wie ich bin, ob es euch passt oder nicht!“.

## **ZWÖLF THESEN FÜR LUST AUF ZUKUNFT**

Die beschriebenen Entwicklungen erfordern eine Fokussierung auf die Grundprinzipien soziotechnischer Gestaltung, um aus einer systemischen Betrachtung von Mensch, Organisation und Technik zu Innovationen zu gelangen. Im Folgenden werden die Rahmenbedingungen für erfolgreiche Innovationsprozesse im Kontext Arbeiten, Lernen und Kompetenzentwicklung in zwölf Thesen zusammengefasst:

### ***1. Ohne interdisziplinäres Arbeiten gibt es keine zielführenden Innovationen für den Standort Deutschland***

Innovationsprozesse für den Standort Deutschland erfordern neue Lern- und Arbeitsprozesse. Hierbei müssen interdisziplinäre Ansätze in den Vordergrund gerückt werden, die durch eine Bündelung verschiedener Sichtweisen und Zugänge den komplexen Anforderungen gerecht werden. Die Verschiedenheit und Vielfalt der Beteiligten muss in diesem Zusammenhang als Ressource wahrgenommen und Ziel führend genutzt werden.

Das Zusammenwirken von Anwendern, Betreibern und Entwicklern von Technik spielt dabei eine bedeutende Rolle. Dies erfordert neue Methoden der Produkt- und Prozessgestaltung insbesondere bei der Verknüpfung von IT-Technologien mit klassischen Technikfeldern.

### ***2. Interdisziplinarität erfordert die Abkehr vom Ausbildungs-Taylorismus in Schule und Hochschule***

Interdisziplinäre Zusammenarbeit erfordert vielfältige soziale, personale und methodische Kompetenzen, welche schon in der Ausbildung erworben werden müssen. Fachübergreifende Kompetenzen müssen in Ausbildung und Studium mehr Gewicht erhalten. Neben Schulen stellen hierfür Fachhochschulen und Universitäten einen wichtigen Baustein dar. Hier müssen konsequent berufsübergreifende Ausbildungsabschnitte, Lehrveranstaltungen und Projektarbeiten integriert und umgesetzt werden, die am zukünftigen Handeln orientiert sind.

### ***3. Für die nächste Generation wird Lernen mit weltweiter Vernetzung zur Normalität***

Die Verfügbarkeit von Informationen wird weiterhin enorm ansteigen. Dies bedeutet auf der einen Seite, dass immer mehr Personen in immer kürzerer Zeit Zugang zu immer mehr Informationen/Wissen erlangen, auf der anderen Seite benötigen sie aufgrund der kürzer andauernden Gültigkeit von Wissen auch geeignete Strategien, wie sie relevante Informationen erkennen, bewerten, nutzen und ggf. wieder vergessen können.

Lernprozesse in Aus- und Weiterbildung dürfen zukünftig somit nicht nur die Inhaltsperspektive betonen. Das Ziel ist eine vernetzte Betrachtung der fachlichen, psychologischen und handlungsorientierten Perspektive, um dynamische und komplexe Fragestellungen angemessen bearbeiten zu können. Die Förderung von Selbstlernkompetenz ist eine Grundlage für die Erschließung zunehmend unübersichtlicher Lebens- und Arbeitszusammenhänge.

### ***4. Lernen findet zunehmend am Arbeitsplatz statt***

Lernen am Arbeitsplatz verringert den Transferaufwand in den beruflichen Alltag. Neben multimedialen Angeboten, die teilweise mit Präsenzphasen kombiniert werden, stellt die Reflexion der eigenen Handlungsroutinen zukünftig ein wesentlicher Baustein für die Initiierung von weitestgehend selbstgesteuerten arbeitsplatznahen Lernprozessen dar. Hierdurch können auch Berufsgruppen ohne multimediale Lernzugänge besser erreicht werden.

Die betriebliche Lernkultur ist dabei ein wesentlicher Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Lernen muss in zunehmendem Maße in Arbeitsprozesse integriert werden, um die Kompetenzen der Mitarbeiter als Innovationsträger weiter zu entwickeln. Weitere Anstrengungen sind nötig, um neue Lernzugänge am Arbeitsplatz zu ermöglichen.

### 5. Lebenslanges Umlernen als lebenslange Weiterbildung

Die Beschleunigung des Wissenszuwachses und der gesellschaftlichen Veränderungsprozesse erfordern eine kontinuierliche Kompetenzentwicklung. Selbstgesteuerte Lernprozesse bekommen dabei eine stärkere Gewichtung. Sie erfordern vielfältige Lernstrategien zur individuellen Zielverwirklichung. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels wird die Notwendigkeit lebenslangen Umlernens noch verstärkt. Aus diesem Grund müssen Aus- und Weiterbildungsangebote so modularisiert und strukturiert werden, dass auch für Bildungsbenachteiligte eine stufenweise Anhebung und Erweiterung des Kompetenzprofils ermöglicht wird. Die Lernformen müssen dabei unterschiedliche Zugänge für vielfältige Zielgruppen bieten.

### 6. Innovationen für Deutschland erfordern neue gesellschaftliche Strukturen

Die Potenziale aller gesellschaftlichen Gruppen müssen genutzt werden. Dazu ist das soziale Umfeld für innovationsförderliches Arbeiten und Lernen zu gestalten. Moderne Netztechnologien produzieren soziale Netze sowie Solidaritätscluster neuer Art. Die Bedeutung von sozialer Verantwortung der Unternehmen für Mitarbeiter(innen) und deren Angehörige sowie die eigene Verantwortung für die Zukunftssicherung wird bei weiterem Abbau staatlicher Unterstützungssysteme und vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ansteigen. Es werden zunehmend individuelle Lösungen zwischen Unternehmen und Mitarbeiter(innen) ausgehandelt werden.

### 7. Innovationen für Deutschland brauchen Wissensmanagement

Bildung und Wissen sind die entscheidenden Standortvorteile Deutschlands und diejenigen Produktionsfaktoren, die am schlechtesten von anderen imitiert werden können. Deshalb ist Wissensmanagement ein strategischer Erfolgsfaktor für den Standort Deutschland. Ein entscheidender Punkt ist dabei, in bestimmten Phasen Wissen zu teilen und in (globalen) Netzwerken kreativ zu sein. Es muss eine Balance zwischen den Polen „Wissen teilen“ und „Wissen verstecken“ gefunden werden (vgl. Henning u.a. 2006), (Abb. 5).

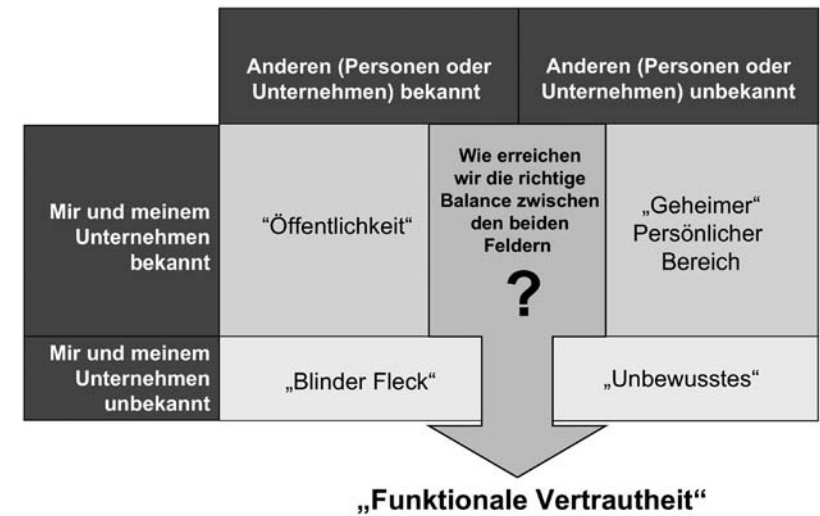


Abb. 6: Funktionale Vertrautheit (Henning u.a. 2006)

Hieraus entsteht eine Innovationsdynamik, die als „Business oriented Familiarity“ bezeichnet wird. Dies in Unternehmen zu entwickeln und zu fördern, kann mit Methoden des systemischen Change Managements ermöglicht werden (vgl. [www.osto.de](http://www.osto.de)).

### 8. Nur einzigartige Unternehmen sind in Deutschland exportfähig

Die Entwicklung, Kommunikation und Bewahrung von Alleinstellungsmerkmalen eines Unternehmens ist der Innovationskern für neue Prozesse und Produkte. Branchenübergreifende Kooperationsbeziehungen dienen zum einen der Definition der Einzigartigkeit, darüber hinaus können sie bei einer Nutzung der Lernpotenziale der Interorganisationsbeziehung neue Innovationsmilieus schaffen.

Solche Innovationsmilieus finden wir in Deutschland in einzigartiger Weise in den inhabergeführten Unternehmen insbesondere des Zulieferbereichs im Automotive-Sektor, im Maschinen- und Anlagenbau sowie der Energie- und Elektrotechnik.

**9. Nicht mehr die optimale Wirtschaftspolitik, sondern die Standortqualität entscheidet über die Überlebensfähigkeit einer Region**

---

Regionale Milieus sind eine zentrale Innovationsquelle am Standort Deutschland. Spezifische Produktions- und Innovationsmilieus und damit einhergehende spezifische Kooperations- und Umgangsformen zwischen den (ökonomischen, sozialen, politischen) Akteuren gewinnen an Bedeutung. Durch die strategische Nutzung der regionalen Kooperationen innewohnenden Lernmöglichkeiten können auch die wirtschaftlichen Wertschöpfungsketten nachhaltig positiv beeinflusst werden.

Solche einzigartigen regionalen Milieus befinden sich in Deutschland in vielen Regionen, wie z.B. für Getriebe- und Turbinenbau am Bodensee, für Spezialteile-Lieferanten des Maschinen- und Anlagenbaus im Siegerland, für Automotive-Zulieferteile im Raum Stuttgart oder für IT-gestützte Maschinenkomponenten im Raum Aachen.

**10. Dramatische Technologiefusionen erzwingen neue Wege der Kompetenzentwicklung für Innovationen**

---

Eine neue Kultur des integrierten Lernens, Arbeitens und Dienstleistens braucht geeignete Technologien. Die dramatischen Technologiefusionen erzwingen neue Wege der Kompetenzentwicklung, um Innovationen zu erzeugen und die Dematerialisierung von Technik schafft neue Chancen für Innovationen durch integriertes Arbeiten und Lernen. Dabei kann das Ausmaß an zu erwartenden Technologiefusionen z.B. in den Spannungsfeldern zwischen Legierungsvielfalt, Werkstoffauswahl insbesondere bei polymeren Werkstoffen, Integration von Nano-Materialien oder in Materialien integrierte smart computer devices kaum überschätzt werden.

**11. Innere und äußere Mobilität werden noch stärker zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor**

---

Mobilität und Transport beziehen sich immer noch auf Personen, Güter und Informationen. Die Transportmittel sind jedoch erweitert worden. Nicht mehr nur auf Schiene, Straße, in Wasser und Luft geschieht Mobilität, gerade auch der Anteil von Daten- und Versorgungsnetzen steigt schnell an. Die Einflussfaktoren Zeit, Qualität, ökonomische und ökologische Kosten, Energie sowie soziale und ökologische Effekte wirken auf

Mobilität und deren Annahme durch eine Gesellschaft. Unter Umständen ergibt sich aus dem Zusammenwirken verschiedener Einflussfaktoren die Notwendigkeit der Neu- und Weiterentwicklung. Die Mobilität von Arbeitnehmern und grenzübergreifende Kooperationen werden vor dem Hintergrund des europäischen Erweiterungsprozesses immer notwendiger. Der Abbau der Sprachbarrieren ist für ein Europa des Wissens eine unabdingbare Voraussetzung.

**12. Ohne die „Alten“ ist der Wandel zu mehr Innovation in Deutschland nicht zu schaffen**

---

Der demographische Wandel weist auf die Notwendigkeit hin, auch das Potenzial älterer Arbeitnehmer sinnvoll zu nutzen. Neue Modelle können dabei ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Ansprüchen und Möglichkeiten der Beteiligten schaffen. Der Prozess des Alterns von Arbeitnehmern ist somit als Gestaltungsperspektive für die (über)betriebliche Politik der Kompetenzentwicklung zu sehen. Altern, Gesundheit und Kompetenzentwicklung im Zusammenhang und in ihren Wechselbeziehungen zu untersuchen, ist ein dringendes Forschungs- und Handlungsfeld. Darüber hinaus bekommt die Gestaltung des Transfers von Erfahrungswissen auf jüngere Arbeitnehmer eine immer wichtigere Bedeutung. Auch hier zeigt sich das Zusammenwachsen der Felder Lernen und Arbeiten. Durch geeignete Maßnahmen und Instrumente müssen die Potenziale älterer und jüngerer Mitarbeiter im Arbeitsprozess genutzt werden und gleichzeitig für die Kompetenzentwicklung aller Beteiligten nutzbar gemacht werden.

**ZUSAMMENFASSUNG**

Turbulente Märkte und internationale Prozesse stellen Unternehmen in Deutschland vor Herausforderungen, die eine erhöhte Flexibilität und Innovationsfähigkeit erfordern, um sich proaktiv im internationalen Wettbewerb unter der Perspektive der Zukunftsszenarien 2020 positionieren zu können und die hervorragende Stellung am Weltmarkt in vielen Bereichen, insbesondere im Maschinen- und Anlagenbau, in der Automotive-Branche, der Energietechnik und der Elektrotechnik auszubauen bzw. zu erhalten. Hierbei spielen für den Standort Deutschland die inhabergeführten Unternehmen die entscheidende Rolle. Der Erhalt bzw. das Ausbilden von Wettbewerbsvorteilen durch eine unternehmens- und branchenspezifische Innovationsfähigkeit kann nur durch entsprechende

Strategien in den Handlungsfeldern Arbeiten und Lernen, also in der Organisations- und Kompetenzentwicklung, vor dem jeweiligen Unternehmenshintergrund erreicht werden. Dies stellt sowohl die Praxis als auch die Wissenschaft vor immer neue Herausforderungen und ist eine notwendige Strategie für die Zukunft des Industriestandorts Deutschland – aber genau dies macht Lust auf Zukunft!

## LITERATUR

- *BERGHEIM, STEFAN u.a.: Globale Wachstumszentren 2020. DB Research Nr. 313. Frankfurt a.M., 2005.*
- *BERTH, R.: The return of innovation. Kienbaum, Düsseldorf, 1993.*
- *BRANDT, D.: Reflections on human-centred systems and leadership. ARMT Band 48. Wissenschaftsverlag Mainz, Aachen, 2003.*
- *DASSEN-HOUSEN, P. (2000): Responding to the global political-economical challenge: The learning society exemplified by the work environment. ARMT Band 32. Wissenschaftsverlag Mainz, Aachen.*
- *DRUCKER, P. (1985): Innovation and Entrepreneurship – Practice and Principle. Harper & Row: New York.*
- *GLEICH, R.; RAUEN, H.; RUSSO, P.; WITTENSTEIN, M. (2006): Innovationsmanagement in der Investitionsgüterindustrie treffsicher voranbringen – Konzepte und Lösungen. VDMA, Frankfurt a. M.*
- *HARGADON, A.; SUTTON, R. (2000): Building an Innovation Factory. Harvard Business Review 5-6.*
- *HENNING, K.; HEES, F.; BACKHAUS, W. (2006): Wissen teilen oder Wissen verstecken. Strategische Erfolgsfaktoren im Wissenswettbewerb. In: Ingenieurwissen effektiv managen. VDI-Berichte, Band 1964. S. 189-213.*
- *HENNING, K.; ISENHARDT, I. (1993): Bildungstrends der zukünftigen Dienstleistungsgesellschaft. ARMT Band 23. Wissenschaftsverlag Mainz, Aachen.*
- *HENNING, K.; OERTEL, R.; ISENHARDT, I. (2003): Wissen – Innovation – Netzwerke. Wege zur Zukunftsfähigkeit. Springer, Berlin.*
- *HENNING, K.; SCHMITT, R. (2006): Beteiligung im Veränderungsprozess. In: Tagungsdokumentation „Arbeitsforschung als Innovationstreiber“. Dortmund.*

- HENNING, K.; STRINA, G. (2003): *Klein aber oho! - Mikrounternehmer in der Praxis. Unternehmenskybernetik in der Praxis. Band 5. Shaker Verlag, Aachen.*
- HUNECKE, H. (2003): *Produktionsfaktor Wissen – Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Wissen und Standort von Unternehmen. ARMT Band 45. Wissenschaftsverlag Mainz, Aachen.*
- INSTITUT FÜR MITTELSTANDSFORSCHUNG BONN (2006): *Jahrbuch zur Mittelstandsforschung 2006/1. VVA, Gütersloh.*
- LUDWIG, J.; MOLDASCHL, M.; SCHMAUDER, M.; SCHMIERL, K. (2007): *Arbeitsforschung und Innovationsfähigkeit in Deutschland. In: Moldaschl, M. (Hrsg.): Arbeit, Innovation und Nachhaltigkeit. Band 9. Hampp, Mering.*
- POTT, W. (2006): *Heimliche Weltmeister in Nordrhein-Westfalen. 74 Unternehmen und ihr Weg an die Spitze. Klartext-Verlag, Essen.*
- SAUER, J. (2005): *Förderung von Innovationen in heterogenen Forschungsnetzwerken und Evaluation am Beispiel des BMBF-Leitprojektes SENEKA. ARMT Band 55. Wissenschaftsverlag Mainz, Aachen.*
- SCHARIOTH, J. u.a. (2004): *Horizons 2020. Ein Szenario zum Denkanstoß für die Zukunft. TNS Infratest, München.*
- STRINA, G.; URIBE, J. (2003): *Innovationsmanagement – Stand der Forschung, Praxisbeispiele und Perspektiven. In: Henning, K.; Oertel, R.; Isenhardt, I. (Hrsg.): Wissen – Innovation – Netzwerke. Wege zur Zukunftsfähigkeit. Springer, Berlin.*

## D – LAND DER DICHTER, DENKER UND FORSCHER?

### BLOCKADEN FÜR INVENTIONEN UND INNOVATIONEN

Bernhard Kempen

Lassen Sie mich vielleicht am Anfang kurz in Erinnerung rufen, dass wir während des Sommertraums, den wir gemeinsam während der Fußballweltmeisterschaft erleben durften, mit einer großen Image-Kampagne konfrontiert waren, die mit Millionenaufwand aufgelegt worden ist. „Deutschland – Land der Ideen“ hieß die als erfolgreich eingestufte Kampagne, die noch andauert und deren Symbole in allen großen deutschen Städten zu sehen waren. Es ging darum, die Stärken des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Deutschland dem Weltpublikum sichtbar zu machen. Die Kampagne hat an den Gedanken angeknüpft, dass im Ausland nicht nur Produkte der Wirtschaft, sondern auch Leistungen in Wissenschaft, Kunst und Kultur mit der Markenbezeichnung „Made in Germany“ und mit dem Herkunftsnachweis „Land der Dichter und Denker“ belegt werden.

Wir müssen uns die Frage stellen, wie es um diese Attribute bestellt ist, ob wir dem historischen Vermächtnis, dem geistigen Erbe, das mit Namen wie Goethe, Schiller, Fichte, Hegel, aber auch Max Planck oder Einstein verbunden ist, noch gerecht werden. Am 15. September 2006 hat Tanjev Schultz in der Süddeutschen Zeitung pointiert festgestellt:

„Vom Land der Dichter und Denker zur Heimat der Dussel“. Ich will noch ein weiteres Stichwort nennen: die PISA-Studien, die zum wiederholten Male aufgelegt worden sind und nicht nur unseren Schülern, sondern dem Bildungssystem insgesamt kein gutes Zeugnis ausstellen. Wie ist es also bestellt um Deutschland, um dessen kulturelle Identität?

Ich will versuchen, aus der Sicht der Universitäten Ihnen dazu in insgesamt sieben Punkten etwas vorzutragen. Dazu greife ich in einem ersten Punkt aus aktuellem Anlass die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern auf, ehe ich in einem zweiten Punkt auf die Föderalismusreform zurückblicke, die vor wenigen Monaten erst verabschiedet wurde. In einem dritten und mir besonders wichtigen Punkt werde ich mich mit dem Ansturm der Studierenden, der in den nächsten Jahren auf unsere Hochschulen zukommt, befassen. In einem vierten Punkt wird der Frage nach der Attraktivität des Professorenberufs nachgegangen, bevor ich mich in einem fünften Punkt mit dem Verhältnis von universitärer und außeruniversitärer Forschung auseinandersetze. Als sechster Punkt schließen sich Betrachtungen über die notwendige Einheit von Forschung und Lehre an. Der letzte, siebte Punkt rundet meine Ausführungen mit Überlegungen zur Hochschulautonomie ab.

## I. EXZELLENZINITIATIVE

Ich will offen gestehen: Dass meine Alma mater, die Universität zu Köln, in dieser ersten Runde der Exzellenzinitiative nicht bedacht worden ist, ist bedauerlich. Gleichwohl: Die Exzellenzinitiative stellt bitter benötigtes zusätzliches Geld für die Forschung bereit – insgesamt fließen 1,9 Milliarden Euro über einen Zeitraum von fünf Jahren. 75 Prozent der Kosten trägt der Bund, 25 Prozent übernehmen die Länder. Bei der Exzellenzinitiative sind in einem wettbewerblichen Verfahren zusätzliche Mittel für drei Förderlinien ausgeschrieben worden. Die erste erstreckt sich auf so genannte Exzellenzcluster, also Forschungsprojekte, bei denen Universitäten mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen kooperieren. Die zweite Förderlinie umfasst Graduiertenschulen, die die Ausbildung von Post-Graduates etwa im Sinne von Doktorandenschulen übernehmen. Die dritte, freilich auch politisch umstrittenste Förderlinie betraf und betrifft schließlich die Zukunftskonzepte von Universitäten. Interessanterweise ist gerade diese dritte Förderlinie, bei der nur drei Universitäten erfolgreich abgeschnitten haben, diejenige, mit der dann das Signum „Elite-Universität“ verbunden wird. Ich halte gerade diese dritte Förder-

linie für etwas zweifelhaft, und zwar deswegen, weil hier nicht Forschung selbst prämiert wird, sondern ein eher strukturell-organisatorischer Vorgang, der zur Forschung hinführen soll. Mir wäre lieber gewesen, wenn man auf diese dritte Linie ganz verzichtet hätte und das Geld dorthin vergeben würde, wo auch Forschungsleistungen und Forschungsergebnisse sichtbar sind, und nicht dahin, wo nur Konzeptionen und Strategien an die Wand gemalt werden. Das ist für mich zu wenig greifbar, zu wenig substantiell.

Es gehört zu den bedauerlichen Umständen, dass in dieser ersten Runde die Universitäten der neuen Bundesländer schlecht abgeschnitten haben, obwohl sie Anträge gestellt haben. So ist beispielsweise die Universität Halle, die in allen drei Förderlinien Anträge gestellt hat, gescheitert und hat sich nun, wie ich gehört habe, resigniert zurückgezogen. Sie will im Oktober 2007 bei der zweiten Entscheidungsrunde, bei der die Verlierer der ersten Runde noch einmal zum Zuge kommen können, nicht mehr antreten. Das ist meines Erachtens nicht nur eine Trotzreaktion, sondern auch die Einsicht darin, dass wir in der Exzellenzinitiative mit sehr unterschiedlichen Startvoraussetzungen in den Wettbewerb eingetreten sind. Zwischen der LMU – also der Ludwig-Maximilians-Universität München – und der TU München auf der einen Seite und der Universität Halle-Wittenberg auf der anderen Seite liegen, was die Ausgangsbedingungen angeht, Welten. Deshalb mag auch in den neuen Bundesländern eine gewisse Skepsis entstanden sein, ob man denn überhaupt je eine reelle Chance hat, an die neuen Forschungsmittel heranzukommen.

Trotzdem ziehe ich eine positive Gesamtbilanz dieser ersten Wettbewerbsrunde: Die Exzellenzinitiative hat Bewegung in die Universitäten gebracht. Sie hat zudem, und das ist vielleicht das Allerwichtigste, einen Beitrag dazu geleistet, dass von der Vorstellung der Gleichheit aller Universitäten Abstand genommen wird. Was Insider schon immer wussten, dass es in der Forschungslandschaft oder in der Hochschullandschaft wichtige Unterschiede gibt, das ist nun auch einem breiten Publikum sichtbar geworden. Die Universität Greifswald und die Universität Trier oder auch die Humboldt-Universität zu Berlin und die Universität München unterscheiden sich erheblich – nicht mal so sehr als Universitäten, also als Gesamteinrichtung, aber in den einzelnen Fächern und Fakultäten. Sie können auch in Greifswald in einzelnen Disziplinen exzellent studieren, und ohne Frage gibt es dort auch exzellente Wissenschaftler. Aber deutlich zu machen, dass Universität nicht Universität ist, dass

Fakultät nicht Fakultät ist, sondern dass hier ein großes wettbewerbliches Gefälle besteht, das ist das Verdienst der Exzellenzinitiative.

Die Träume, die manche Politiker in unserem Land, allen voran unsere ehemalige Bundesbildungsministerin, vom deutschen Harvard hegten – diese Träume hatte ich nie und konnte ich auch nie nachvollziehen – schon deswegen nicht, weil die finanziellen Rahmenbedingungen, die dort herrschen, mit denen, die wir in Deutschland vorfinden, schlichtweg nicht vergleichbar sind. Harvard hat ein Stiftungskapital von rund 29 Milliarden US-Dollar, aus dem Erträge erwirtschaftet werden, und verfügt über drei Milliarden US-Dollar Einnahmen im Jahr. Wenn Sie dem die 1,9 Milliarden Euro, die mit der Exzellenzinitiative ausgelobt werden, gegenüberstellen, dann sehen Sie, wie der Größenvergleich ausfällt: Eine mittelgroße Universität in Deutschland muss mit staatlichen Zuschüssen in der Größenordnung von 150 bis 300 Millionen Euro pro Jahr auskommen – Harvard dagegen verfügt, wie gesagt, über drei Milliarden US-Dollar. Nun werden Sie mir mit einem gewissen Recht entgegenhalten, dass Geld allein nicht alles ist, und in diesem Punkt stimme ich Ihnen auch zu. Trotzdem müssen wir uns vor Augen halten, dass insbesondere die ressourcenintensiven Disziplinen der Natur- und Technikwissenschaften von Geldzuweisungen abhängig sind. Fehlen die entsprechenden Mittel, dann wird man auch nicht erwarten können, dass in diesen Fächern deutsche Wissenschaftler mit Nobelpreisen übermäßig bedacht werden.

## II. FÖDERALISMUSREFORM

Ich komme zum zweiten Punkt, der Föderalismusreform. Sie war ein wichtiger politischer Schritt. Mir hat nicht gefallen, dass man beim Tautziehen zwischen Bund und Ländern ein Paket geschnürt hat, das am Ende, in der allerletzten Runde, nur noch sehr mühselig aufgeschnürt werden durfte. Bei der Anhörung im Bundestag habe ich mir deswegen die Frage erlaubt, ob wir nur zusammengekommen sind, um dieses Paket zu bewundern und zu betrachten, oder ob es auch erlaubt sei, es vorsichtig an einer Ecke aufzuschneiden und hineinzuschauen.

Wenn man dies nämlich tat, dann musste man erkennen, dass gerade im Bereich der Forschung ein böser Fehler gemacht worden wäre, wenn man den Bund aus seiner finanziellen Verantwortung für die Wissenschaft in Deutschland entlassen hätte. Es ist denn auch in letzter Minute in einem gemeinsamen Kraftakt der wissenschaftspolitischen Akteure

von der Hochschulrektorenkonferenz über die Deutsche Forschungsgemeinschaft bis zum Deutschen Hochschulverband gelungen, an diesem Paket Änderungen in dem Sinne vorzunehmen, dass auch in Zukunft der Bund eine finanzielle Mitverantwortung tragen wird. Dies wird nun dazu führen, dass wir – darauf werde ich gleich noch zu sprechen kommen – einen Hochschulpakt 2020 bekommen werden, der uns die Hoffnung lässt, wenigstens einigermaßen dem Ansturm der Studierenden auf die Hochschulen Herr zu werden.

Das Ergebnis der Föderalismusreform für die Hochschullandschaft in Deutschland lautet, dass die Musik nun bei den Ländern spielt. Böswillige behaupten, wir gerieten in einen Bildungs- und Wissenschaftspartikularismus. Wir werden sechzehn Systeme haben, die – so werden böse Zungen weiter sagen – etwas Kleingärtnerisches entfalten werden, das nicht ganz in den internationalen Wettbewerb passt, in dem Deutschland als ein wichtiger Player wahrgenommen werden muss. Die Kritik ist sicherlich nicht ganz unzutreffend. Bemühungen, auch auf der europäischen Ebene mit einem European Research Council ein Pendant zur Deutschen Forschungsgemeinschaft zu schaffen, spiegeln ja die Einsicht wider, dass unsere in der Vergangenheit praktizierte, eher einheitlich und länderübergreifend ausgerichtete Forschungsförderung ein Erfolgsmodell war. Von daher hege auch ich eine gewisse Skepsis, ob die den Ländern nun zugewachsenen neuen Zuständigkeiten wirklich der Weisheit letzter Schluss sind.

Positiv kann man der Föderalismusreform abgewinnen, dass nun auch die Länder in einem Systemwettbewerb stehen. Für die Hochschullandschaft stellt sich die Frage: Welches Land entwickelt durch eigene Landesgesetzgebung das zukunftsweisende, am besten den kommenden Herausforderungen gerecht werdende Hochschulsystem? Denkbar ist aber auch, dass ein Wettbewerb nach unten einsetzen wird. Die Fragen würden dann lauten: Wer wird unter Kostengesichtspunkten am schnellsten das sparsamste, ressourcenärmste System entwickeln? Das wäre ein Wettbewerbsmodell, das uns in Deutschland auf Dauer Schaden zufügen würde.

## III. STUDIERENDENANDRANG

Ich bin damit auch schon beim dritten Punkt, dem Andrang der Studierenden auf unsere Hochschulen. Hier müssen wir zunächst zur Kenntnis



nehmen, dass wir nach Schätzungen der Kultusministerkonferenz, die eine solide wissenschaftliche Grundlage besitzen, bereits in sechs Jahren an den deutschen Universitäten eine Steigerung der Studierendenzahlen um rund dreißig Prozent erleben werden. Bis zum Jahr 2012 werden wir einen Anstieg von derzeit zwei Millionen auf 2,7 Millionen haben. Die Studierendenzahlen werden anschließend etwas abnehmen und sich auf einem Niveau von zweieinhalb Millionen einpendeln.

Diese Prognose erscheint angesichts der demographischen Entwicklung unserer Gesellschaft auf den ersten Blick geradezu unwahrscheinlich zu sein. Sie entspricht trotzdem der Wahrheit: Es strömen geburtenstarke Jahrgänge an die Universitäten. Hinzu kommt, dass ab dem Jahr 2008 erstmals Doppeljahrgänge an die Universitäten streben, die durch Verkürzung der Abiturzeiten von dreizehn auf zwölf Schuljahre entstehen. Die erwartete Steigerung um rund 500.000 bis 600.000 Studierende ist eine Herausforderung, mit der wir an den Universitäten zurechtkommen müssen. Die Universitäten, die natürlich auch Dienstleistungsunternehmen sind, freuen sich über die rege Nachfrage, die ihnen ins Haus steht. Sie werden aber verstehen, dass dieser Zuwachs an Studierenden auch Probleme mit sich bringt, dass wir uns, um auch nur die – das sage ich ganz offen – suboptimale Ausbildungsqualität zu halten, etwas einfallen lassen müssen.

2,7 Millionen Studierende sind, um auch das gleich hervorzuheben, politisch erwünscht. Es ist common sense in der Bildungspolitik in Deutschland, dass wir die Studierendenquote erhöhen, nicht senken müssen. Wir liegen derzeit, was die Studienanfängerquote eines Jahrgangs angeht, bei 35,5 Prozent. Das ist unterdurchschnittlich. Der OECD-Durchschnitt beträgt vierzig Prozent eines Altersjahrgangs. Nun gehöre ich auch zu denjenigen, die die entsprechenden OECD-Studien stets angezweifelt haben, weil die genannten Vergleichsgrößen mir nicht plausibel erscheinen. Wenn wir etwa die Vereinigten Staaten von Amerika in die Betrachtung einbeziehen, in denen auch die Krankenschwester eine akademische Ausbildung erhält, scheint mir der Vergleich mit Deutschland unpassend zu sein. Ausgeblendet wird, dass es hierzulande mit der dualen Berufsausbildung ein Modell gibt, das im weltweiten Vergleich nahezu einzigartig ist und das auch Nachahmung findet – mühselig und mühsam bauen andere Staaten unser System nach. All dies müsste in die Betrachtung mit einbezogen werden, reicht es doch nicht, rein formale Akademikerquoten zu ermitteln. Trotzdem besteht die politische Vorgabe: Wir müs-

sen auf 40 Prozent eines Altersjahrgangs an den Hochschulen kommen. Ich glaube, dass bisher weder in der Kultusministerkonferenz noch im Bundesbildungsministerium genügend darüber nachgedacht worden ist, wie man mit der Welle, die auf uns zukommt, umgehen muss. Wir haben in Deutschland – und das ist ein Segen, kein Fluch – ein differenziertes tertiäres Bildungsangebot. Es gibt die Universitäten und Fachhochschulen – in Baden-Württemberg kommen noch die Berufsakademien hinzu. Wir sollten vielleicht von dieser Differenzierung viel mehr Gebrauch machen. Nachdem 1977 der Öffnungsbeschluss der Kultusminister gemeinsam mit dem Bund dazu geführt hat, dass wir in Deutschland seit dieser Zeit, seit nunmehr also dreißig Jahren, mit dem Phänomen der Massenuniversität konfrontiert sind, ist es an der Zeit umzudenken. Zu überlegen bleibt, wie wir deutlich machen können, dass die Universität nicht der alleinige Schlüssel zu Prosperität, zum individuellen Glück der Menschen ist. Wir müssen viel besser darüber informieren, aufklären und nötigenfalls auch dahingehend steuern, dass nur diejenigen eine Ausbildung an der Universität in Anspruch nehmen, die auch die entsprechende Eignung mitbringen. Das heißt, dass wir umlenken sollten, etwa in Richtung der Fachhochschulen, die mit einer anwendungsorientierten Ausrichtung wichtige Beiträge zur Ausbildung in Deutschland leisten.

Was den Studierendenandrang angeht, so bleibt festzuhalten, dass die Verhandlungen über den Hochschulpakt 2020 laufen. Frau Bundesministerin Schavan hat dankenswerterweise ein Hilfsprogramm im Blick, das die Bundesländer dazu befähigen soll, die dringend benötigten zusätzlichen Studienplätze zu generieren. Es wird dabei auch darum gehen müssen, das zahlenmäßige Verhältnis von Studierenden zu Professor nach Möglichkeit zu verbessern. An den deutschen Universitäten haben wir derzeit eine Betreuungsrelation von 1:60, d.h. sechzig Studierende kommen auf einen Professor. Wenn sich diese Relation in Richtung 1:70, 1:80 verschlechtert, dann werden wir mittelfristig zu den Verlierern gehören. Wir müssen versuchen, diese Relation zumindest zu halten, und das heißt im Klartext: Wir brauchen mehr Professorenstellen.

Die Hochschulrektorenkonferenz, also der Zusammenschluss der Hochschulrektoren und -präsidenten unserer Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland, hat an diesem Punkt zu Recht Alarm geschlagen. Der Vorschlag der Hochschulrektorenkonferenz, durch vorzeitige Doppelberufungen das Problem zu beheben, scheint mir allerdings etwas

zu kurz zu springen, weil damit dem wissenschaftlichen Nachwuchs die Türen versperrt werden. Wir müssen ein kombiniertes Maßnahmenpaket ergreifen. Dazu wird auch gehören, dass neue Personalkategorien in die Hochschullandschaft Einzug halten. Hier sind wir als Deutscher Hochschulbund ganz aufgeschlossen. Die Personalkategorie des Lecturers – der übrigens nichts mit dem Lecturer in den USA zu tun hat – ist durchaus bedenkenswert, solange wir nicht in Reminiszenz an den gescheiterten Assistenzprofessor eine Art frustrierten Mittelbau an den Universitäten etablieren. Der Lecturer ist sinnvoll, wenn er eine Qualifikationsperspektive hat und wenn er sich in einem befristeten Arbeits- oder Anstellungsverhältnis befindet. Allein mit dem Lecturer werden wir allerdings den Studierendenandrang nicht bewältigen können. Die Studierenden von morgen und übermorgen werden zu Recht sagen: Ich komme an die Universität, ich begegne aber kaum Professoren, sondern hauptsächlich irgendwelchen Lehrknechten und Lehrsklaven – das kann gewiss nicht der Sinn der Sache sein. Wir werden folglich auf den Ausbau der Personalkapazitäten an den Universitäten drängen müssen. Dabei wird es nicht nur darum gehen, irgendwen für die Universitäten, sondern im Interesse der Studierenden-Generationen von morgen die Besten der Besten zu gewinnen.

#### **IV. ATTRAKTIVITÄT DES PROFESSORENBERUFS**

Damit bin ich beim vierten Punkt, der Attraktivität des Professorenberufs, angelangt. Ich weiß nicht, ob Ihnen bewusst ist, dass wir in den Bundesländern im Besoldungsgefüge der Professoren deutliche Begrenzungen eingeführt haben. Lassen Sie es mich an dieser Stelle ganz offen sagen, wir begrüßen die W-Besoldung mit ihren Leistungsbestandteilen. Wir bestehen nicht darauf, dass mit der C-Besoldung ein im Zwei-Jahres-Rhythmus anstehender Alterszuschlag zugesprochen wird. Dass aber die W-Besoldung jungen Nachwuchswissenschaftlern weniger Lebenskommen als ihren älteren Kollegen zugesteht, ist ein falsches Signal.

Dies macht auch ein Vorgang deutlich, der erst wenige Wochen zurückliegt. Anfang September 2006 hat die Krupp-Stiftung in Boston/USA ein Programm vorgestellt, das jungen Nachwuchswissenschaftlern, die an amerikanischen Universitäten tätig sind, die Rückkehr nach Deutschland erleichtern soll, indem man ihnen u.a. auch Gehaltsanreize gibt. 2,5 Millionen US-Dollar hat die Krupp-Stiftung aufgelegt, damit Universitäten jungen Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaft-

lern Fördergelder in Höhe von maximal 100.000 Euro pro Professor zur Verfügung stellen können. Die Krupp-Stiftung hat also auf das reagiert, was die Politik eingefädelt hat, nämlich dass wir in den marktgängigen Fächern im Besoldungsgefüge, ich betone das noch mal, keine markt-gängigen Preise haben. Ich darf dazu aus meinem eigenen Institut berichten. Dort haben zu meiner großen Betrübnis zwei meiner besten Leute, ein junger Mann und eine junge Frau, mir den Rücken gekehrt. Ich glaube nicht, weil ich so ein unangenehmer Chef bin, sondern deswegen, weil sie als Habilitanden erkannt haben, dass sie gerade in einer Familiengründungsphase mit den Gehaltsvorstellungen, die es an einer Universität gibt, nicht glücklich werden. Als mir mein Habilitand seinen Partnervertrag mit einer großen internationalen Düsseldorfer Anwaltskanzlei als Entwurf vorgelegt und gefragt hat, was ich denn von dem Vertrag hielte, ob er ihn unterschreiben sollte oder nicht, da habe ich geantwortet: Sie müssen unterschreiben. Ein Blick auf die Gehaltsskala hat mir das sofort deutlich gemacht. Ich kann nicht die Verantwortung dafür übernehmen, einen Mitarbeiter mit einem Assistentengehalt zu habilitieren, um ihn dann einem übrigens bei uns sehr unsicheren Berufungsmarkt – wir haben momentan 120 arbeitslose Privatdozenten in meinem Fach – zu überlassen. Hier liegt offenkundig ein Problem. Wir müssen dafür sorgen, dass wir auch für junge Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler attraktive Rahmenbedingungen an den Universitäten schaffen, sonst kehren sie uns insbesondere in den Fächern der Natur- und Technikwissenschaften, sowie der Medizin den Rücken.

#### **V. VERHÄLTNIS VON AUSSERUNIVERSITÄRER UND UNIVERSITÄRER FORSCHUNG**

Beim nächsten Punkt, den ich Ihnen vorstellen möchte, geht es um das Verhältnis von außeruniversitärer Forschung und universitärer Forschung. In der Außenwahrnehmung, die mit dem CHE-Ranking oder Shanghai-Ranking verbunden ist, schneiden wir als deutsche Forschungslandschaft im internationalen Vergleich nicht so ab, wie wir eigentlich müssten. Vor allem die universitäre Forschung erweist sich als Sorgenkind. Woran liegt das? Wenn Sie genauer hinschauen, erkennen Sie, dass die Rankings ein verzerrtes Bild wiedergeben. Das liegt daran, dass bei uns die Forschung durch organisatorisch-strukturelle Maßnahmen gewissermaßen aus der Universität herausfällt, indem die Institute der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der

Fraunhofer-Gemeinschaft etc. – die so genannten Blaue-Liste-Institute plus X – zwar exzellente Forschung leisten, diese jedoch nicht den Universitäten zugerechnet wird. Es handelt sich bei diesen Instituten nicht um Universitäten, sondern um in eigener Trägerschaft geführte Einrichtungen. Dass dort exzellente Forschung geleistet wird, sollte uns freuen. Dass diese nicht den Universitäten zugerechnet wird, sollte uns ärgern, und zwar nicht nur aus Marketing-Gründen, sondern auch, weil der notwendige Verbund von Ausbildung und Forschung auf diese Weise nicht hergestellt wird. Dort, wo exzellente geforscht wird, meine Damen und Herren, da muss auch gelehrt werden. Da müssen unsere Studenten hin und sehen, was Forschung heißt. Hieran hapert es bei uns. Es gibt Ansätze, etwa die Max-Planck-Research-School, die geradezu modellhaft vormacht, wie ein Zusammenwirken aussehen könnte. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass wir mit den Vertretern der außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein Round-Table-Gespräch führen, wobei sich die Max-Planck-Gesellschaft natürlich etwas in Abwehrstellung befindet, weil sie die übrigens unbegründete Befürchtung hegt, dass die Universitäten jetzt die Max-Planck-Gesellschaft übernehmen wollen. Davon kann natürlich keine Rede sein. Es wird nicht um Fusionen gehen, sondern darum, zu engeren Formen der Verzahnung und Kooperation zu kommen. Die Vertreter der außeruniversitären Forschungseinrichtungen wissen dabei ganz genau, dass sie auf die Universitäten angewiesen sind, rekrutiert sich doch ihr Personaltableau ausschließlich aus Wissenschaftlern, die an den Universitäten ausgebildet worden sind. Zudem liegen die beruflichen Chancen der Mitarbeiter an diesen außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Wesentlichen in den Universitäten. Denn die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Max-Planck-Gesellschaft werden an der Universität habilitieren und dann irgendwann eine Professur an der Universität anstreben. Es wäre also sinnvoll, über engere Formen einer Forschungskooperation nachzudenken.

## VI. EINHEIT VON FORSCHUNG UND LEHRE

Damit leite ich zum nächsten und vorletzten Punkt über, der Einheit von Forschung und Lehre. Etwas Verführerisches scheint in der Vorstellung zu liegen, in der Wissenschaftslandschaft Deutschlands Forschung und Lehre auseinanderdividieren zu können. Es gäbe dann forschungsstarke Universitäten und reine Lehruniversitäten, Forschungsprofessoren und reine Lehrprofessoren. Es müsse ja nicht jeder, so wird gesagt, als Professor auch forschen. Seitens der Deutschen Forschungsgemeinschaft

(DFG) hörte sich das zuletzt gelegentlich sogar so an: achtzig Prozent der Professoren seien doch in der Forschung gar nicht aktiv. Nachzuvollziehen ist dieser Satz, den die DFG mittlerweile auch bereut und für den Sie Abbitte leistet, nur, wenn man die Anträge, die bei der DFG auf Drittmittel eingereicht werden, zum alleinigen Maßstab erhebt. Natürlich ist richtig, dass achtzig Prozent der Professoren keine Drittmittel-Anträge bei der DFG stellen. Das hängt aber auch damit zusammen, dass sie andere Forschungsmöglichkeiten haben oder in solchen Fächern forschungsaktiv sind, die gar nicht auf Drittmittel angewiesen sind. In den Geistes- und Sozialwissenschaften werden keine umfangreichen Ressourcen benötigt.

Mir ist wichtig, für die Idee der Einheit von Forschung und Lehre zu werben. Die Vorstellung, dass wir in der universitären Ausbildung mit Ausbildern rechnen können oder auf Ausbilder vertrauen können, die nicht in der Forschung aktiv sind, hat für mich etwas Schreckliches, denn es ist abzusehen, dass wir dann zu einer Verflachung der Ausbildung kommen werden. Wenn Lehrkräfte tätig wären, die ein einmal erworbenes Bücherwissen Jahr für Jahr ohne die Notwendigkeit der Aktualisierung und Auffrischung an ihr Publikum weitergeben, wäre abzusehen, dass dieses Wissen nach einer sehr kurzen Zeit, nach wenigen Jahren, veraltet ist. Wir brauchen daher Personen, die in der Forschung aktiv sind, damit sie ausbilden können! Alles andere funktioniert nicht. Dies gilt natürlich auch in umgekehrter Richtung: Der Forscher, der dem Hörsaal völlig entwöhnt ist, der nur noch im Labor, in der Bibliothek, in seiner Fertigungshalle zugange ist – dieser Forscher verliert die Bodenhaftung, weil ihm die heilsame Wirkung der Konfrontation mit den Studierenden fehlt. Es ist doch selbstverständlich, dass auch ich als Jurist in den Hörsaal gehe und mich über das, was ich in der rechtswissenschaftlichen Forschung mache, mit meinen Studenten unterhalte und dann gelegentlich auch zu hören bekomme: Herr Professor, das glauben wir Ihnen aber nicht so ganz, das nehmen wir Ihnen aber nicht so ganz ab. Ein solcher Dialog ist heilsam und wirkungsvoll. Er trägt dazu bei, dass wir Professoren im Kontakt mit einer Jahr für Jahr nachwachsenden Studierenden-Generation auch eine gesellschaftliche Bodenhaftung behalten.

Wenn dagegen das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh die Idee propagiert, es gebe doch auch solche Formen der Wissensvermittlung, die auf ein Bücherwissen aufbauten, und infolgedessen nicht auch jeder in der Forschung aktiv sein müsse, der auch lehre, so

kann ich dazu nur sagen: Das wäre ein nicht nur gefährlicher, sondern aus meiner Sicht auch unheilvoller Weg, den wir bei Befolgung dieses Ratschlages beschreiten würden.

## VII. HOCHSCHULAUTONOMIE

Ich komme zum Schluss und wende mich der Hochschulautonomie zu. Es hat an der TU Darmstadt ein Pilotprojekt gegeben, das mit dem TU-Darmstadt-Gesetz abgesichert wurde und immer noch läuft. Der TU Darmstadt ist erstmals in Deutschland eine weitgehende Autonomie eingeräumt worden. Der Präsident dieser Universität, Herr Wörner, hat mir versichert, dass dieses Experiment nicht nur von ihm als Leiter dieser Universität, sondern auch von den beteiligten Professorinnen und Professoren, den Mitarbeitern sowie Studierenden positiv angenommen worden ist. Mich hat das nicht gewundert. Der Deutsche Hochschulverband fordert seit Jahren, die Universitäten von der Leine staatlicher Aufsicht loszulassen. Die Universitäten sind noch viel zu sehr staatliche Veranstaltung und viel zu wenig eine eigene verantwortliche Ebene in der Ausbildung. Das TU Darmstadt-Experiment hat nun in Nordrhein-Westfalen Nachahmung gefunden. Der nordrhein-westfälische Gesetzgeber arbeitet – übrigens unter ganz massiver Beteiligung auch des Deutschen Hochschulverbandes – an einem Gesetz, das den vielversprechenden Titel „Hochschulfreiheitsgesetz“ trägt. Dieses Hochschulfreiheitsgesetz, das am 1. Januar 2007 in Kraft treten soll, wandelt die Universitäten in selbständige Körperschaften des öffentlichen Rechts um, über die der Staat keinerlei Fachaufsicht, sondern nur noch eine Rechtsaufsicht ausübt. Das ist in Nordrhein-Westfalen ein mutiger und großer Schritt.

Damit die Universitäten in einem immer schärfer werdenden internationalen Wettbewerb Profil bilden können und Umstrukturierungsprozesse in die Wege leiten können, benötigen sie Autonomie. Schmerzhafte Entscheidungen, sich eventuell in einem Szenario von vier Jahren von bestimmten Fächern zu verabschieden und die jeweiligen Stärken in einem anderen Fächerprofil zu suchen, können nur in einem wettbewerblichen Modell getroffen werden, in dem auch Verantwortung klar zugewiesen ist. Solche Entscheidungen sollten nicht am Grünen Tisch eines Ministeriums getroffen werden. Auf Landesebene sind sie in der Vergangenheit durchweg gescheitert. Ich darf nur daran erinnern, dass ein späterer Bundeskanzler und damaliger Ministerpräsident in Niedersachsen die Informatik an einer Universität mit einem Federstrich beseitigt hat – in

dem Irrglauben, man hätte einen Informatiküberhang in der Ausbildung, um dann wenige Jahre später geradezu händeringend mit einer Green-card-Aktion Informatiker aus Indien einzuführen. Das ist misslungen und musste schief gehen, weil letzten Endes politische Planung und eine wissenschaftsbasierte autonome wettbewerbliche Positionierung geradezu gegenläufige Modelle sind. Ich bin zuversichtlich, meine Damen und Herren, dass die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen Nachahmung finden werden, dass sie erfolgreich sein werden, dass die Universitäten und übrigens auch die Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen von der neu gewonnenen Freiheit einen sinnvollen und für uns alle wertvollen Gebrauch machen werden und dass wir einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan haben. Wenn die Universitäten Eigenverantwortung haben, werden sie sicherlich auch Rückschläge verdauen müssen, die mit Fehlentscheidungen zwangsläufig verbunden sind. Sie werden aber auch die Möglichkeit haben, die Chancen wahrzunehmen, die in der Ausbildung und Forschung liegen, und sich erfolgreich im internationalen Wettbewerb positionieren können. Nur über mehr Eigenverantwortung, meine Damen und Herren, werden wir die Blockaden für Invention und Innovation, die wir in Deutschland haben und die im Wesentlichen bürokratische Blockaden sind, überwinden können. Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

Globale Wachstumszentren –  
 Wer sind unsere Heraus-  
 forderer? Wie rüstet sich  
 Deutschland?

# ERSTES STATEMENT

*Norbert Walter*

Wer fordert uns im 21. Jahrhundert heraus? Selbstverständlich diejenigen Staaten, die wirtschaftlich dynamisch sind. Aber welche Länder sind das? Das sind zum einen eine ganze Reihe von emerging markets, die sich auf die Reise gemacht haben, die sich anstrengen und die die natürlichen Bedingungen haben, die ihre wirtschaftliche Entwicklung begünstigen. Und zum anderen ist da ein altes Land, das in nahezu jeder Hinsicht ganz besonders herausragt: die USA.

Die zeitliche Perspektive, über die ich heute rede, beinhaltet eine Periode von ungefähr einer halben Generation, d.h. bei der jetzigen Lebenserwartung fast vierzig Jahre. In dieser halben Generation wird nach meiner Einschätzung in der Tat der entscheidende Herausforderer nicht China, Indien und Asien sein, sondern die USA. Die USA sind die Benchmark. Wir bei der Deutschen Bank Research haben sehr lange und gründlich theoretische Überlegungen angestellt und empirische Untersuchungen gemacht, um herauszufinden, was genau die Bedingungen für wirtschaftliche Wachstumszentren sind. Es ist die Bevölkerungsdynamik und die damit verbundene Dynamik bei den Erwerbsfähigen. Es ist die Investitionstätigkeit, denn Investitionen führen endogen zu mehr technologischer Innovation. Und es ist die Veränderung des Humankapitals – ich darf das hier als Begriff verwenden, ohne dass ich mich gleich zu einem Unmenschlichen mache.

Lassen Sie mich diese vier Faktoren kurz in volkswirtschaftliche Variablen übersetzen. Bei der Bevölkerungsdynamik betrachten Volkswirte zwei Kenngrößen: Die Bevölkerungszahl und die Erwerbstätigenquote. Die Erhöhung der Bevölkerungszahl wie auch die Erhöhung der Erwerbstätigenquote steigern die gesamtwirtschaftliche Leistungskraft. Daneben betrachten wir intensiv die wirtschaftliche Wertschöpfung. Hierbei betrachten wir zum einen die absolute Zahl geleisteter Arbeit pro Arbeitnehmer, ausgedrückt z.B. in der Jahresarbeitszeit. Zum anderen können Arbeitnehmer wirtschaftliche Leistung erhöhen, indem sie mehr wirtschaftliche Leistung pro Zeiteinheit erbringen. Ökonomen nennen das Produktivität. Diese vier Treiber bestimmen das langfristige Wachstum einer Volkswirtschaft.

Es gibt eine Fülle von Trends, die auf alle diese vier Treiber des Wachstums einwirken, und diese Trends sind:

- Öffnung von Arbeit und Gesellschaft. Um deutlich zu machen, was unter Öffnung von Arbeit und Gesellschaft zu verstehen ist, hierzu einige Erläuterungen. Die Globalisierung setzt sich weiter fort und erreicht bisher unberührte wirtschaftliche und gesellschaftliche Bereiche. Migration im Arbeitsbereich nimmt zu und Karrierewege sowie Arbeitsumfelder werden flexibler. Es gibt keinen „Beruf für das Leben“ mehr und Lebensläufe werden weniger vordeterminiert sein und mehr einem „Patchwork“-Muster ähneln. Frauen gewinnen an Bedeutung im Erwerbsleben, reflektiert in steigenden Frauenerwerbsquoten. Diese und andere gesellschaftliche Entwicklungen gilt es zu berücksichtigen, um einen Trendcluster zu skizzieren.
- Darüber hinaus beschränken eine ganze Reihe von Faktoren das langfristige wirtschaftliche Trendwachstum: Diese sorgen dafür, dass das Potenzial für soziale Friktionen steigt. Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, wären die Bedrohung durch internationalen Terrorismus, die Verknappung natürlicher Ressourcen und Umweltverschmutzung zu nennen. Auch diese Faktoren muss man ständig im Visier haben, wenn man langfristige Wachstumsperspektiven beschreiben will.
- Ein elementarer Faktor in der heutigen Welt ist die Zunahme der globalen Vernetzung in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Diese Vernetzung hat Wirkungen darauf, wer stark und wer schwach ist, und wie dominierende Perzeptionen entstehen.

- Grundsätzlich lässt sich sagen, dass wissensintensive Dienstleistungen an Bedeutung gewinnen. Darüber hinaus werden Dienstleistungen verstärkt grenzüberschreitend angeboten, weil sie bedingt durch den technologischen Fortschritt überhaupt erst handelbar werden. Email und Internet sind überbeanspruchte Stichwörter zu diesem Sachverhalt. Relationale Datenbanken und *Moore's Law* sind weitere Beispiele für solche Entwicklungen. Die Nachwehen des *Washington Consensus* und *Reaganomics* dauern an. Das heißt, Märkte werden dereguliert, und staatliche Regulierung von *rule based* zu *principle based* weiter entwickelt. Dabei ist ein zunehmender regulatorischer *light touch* zu beobachten.

Über die Trendlandkarte ließe sich noch Vieles sagen, aber damit würde meine Vortragszeit zu sehr eingeschränkt. Nähern wir uns daher den einzelnen Trends.

Zur Bevölkerungsdynamik: Die Welt wird in der nächsten Zeit durch Länder charakterisiert sein, deren Bevölkerung bereits jetzt zu stagnieren beginnt und später schrumpfen wird. Und durch Regionen, in denen das Bevölkerungswachstum anhält und wo der Überalterungsprozess – der ein Ergebnis höherer Lebenserwartungen ist – sehr viel weniger ausgeprägt ist, und die demographische Dominanz jugendlicher und junger Alterskohorten in stärkerem Maße erhalten bleibt als andernorts. Um mit der Tür ins Haus zu fallen: Die Japaner eilen uns bei der Alterung voraus. Die Europäer, d.h. die Kontinentaleuropäer, vor allem die im Süden Europas Beheimateten, folgen Japan ziemlich rasch nach. In Europa gibt es Länder, wie z.B. Frankreich, England und einige skandinavischen Länder, mit einer höheren Geburtenhäufigkeit. Diese Länder vollziehen den Alterungsprozess Spaniens, Italiens und Deutschlands nicht in ähnlicher Weise. Die Bevölkerungsdynamik und demographische Struktur sowie die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials innerhalb Europas weisen entsprechend gravierende Unterschiede auf, deren Bedeutung nach meiner Einschätzung derzeit überhaupt noch nicht im öffentlichen Bewusstsein verankert sind. Die Geburtenhäufigkeit ist in Mittel- und Osteuropa noch niedriger als in Spanien, Deutschland und Italien, d.h. dort sind die demographischen Probleme – zwar um etwa ein bis zwei Dekaden verzögert – noch ausgeprägter. Wenn irgendjemand auf die Idee kommt, dass polnische Arbeiter Westeuropa überfluten, dann hat er den Bezug zur Realität verloren.

Die Bevölkerungsentwicklung in den USA ist unter den alten reichen Industrieländern die dynamischste: 2,2 Kinder pro gebärfähiger Frau mit Tendenz zu 2,3. Die typische amerikanische Familie ist die Familie mit drei Kindern. Die typische deutsche Familie ist die Familie mit keinem Kind. Dies macht einen bedeutenden Unterschied aus. Für die demographische Entwicklung spielt natürlich Wanderung eine bedeutende Rolle. Wanderung ist schwer zu prognostizieren. In vielen Ländern gibt es starke Schwankungen der Zu- und Abwanderung. Das gilt für Deutschland in ganz besonderer Weise. Die Schätzung, dass wir im Verlauf der nächsten fünfzig Jahre im Durchschnitt pro Jahr per saldo 200.000 mehr Zu- als Abwanderer haben, ist eine Annahme, die mit der Erfahrung der letzten fünfzig Jahre im Durchschnitt übereinstimmt. In diesem Zeitraum verzeichneten wir im Durchschnitt 190.000 Zuwanderungen pro Jahr. Aber die starken Schwankungen und die Tendenz der letzten Zeit lassen vermuten, dass es außerordentlich schwer sein wird, diese Nettozuwanderung zukünftig in Deutschland zu erreichen. Wahrscheinlich werden wir dieses Niveau langfristig unterschreiten. Sicher ist, dass wir dieses Niveau in den nächsten zehn Jahren verlässlich unterschreiten. Die Folgen werden noch dramatischer sein als es die offiziellen Schätzungen vermuten lassen: Schrumpfung der Bevölkerung, demographische Verschiebung der Alterskohorten und die Schrumpfung des Arbeitskräftebestandes werden noch ausgeprägter sein. Ich möchte es noch einmal ganz deutlich sagen: Die Wanderung ist eine Stellschraube, bei der größere Variabilität existiert, weil die Politik Einwanderung gestalten kann – und zwar einfacher, als die Geburtenanzahl. Deutschland muss weniger xenophobisch sein und man muss Ausländern hier das Leben attraktiver gestalten, als wir es derzeit tun. Eine einwanderungsfreundliche Politik ist in unserem eigenen Interesse.

Das Bevölkerungswachstum in Asien ist nach wie vor hoch, in einigen Ländern sogar sehr hoch. In China ist das Bevölkerungswachstum noch hoch, weil die Alterskohorten, die jetzt Kinder bekommen können, noch sehr groß sind. Aber bald werden die ersten Alterskohorten in das gebärfähige Alter kommen, die aus den Anfängen der Ein-Kindpolitik stammen. Mit anderen Worten: Chinas Bevölkerungswachstum kommt während des Prognosezeitraums, also noch vor 2020, zum Erliegen. In den letzten fünf Jahren dieser Periode wird deshalb Chinas Bevölkerung deutlich langsamer wachsen als Indien, danach gar nicht mehr.

In Bezug auf Bevölkerungsdynamik sind unsere Herausforderer die USA und in Europa unsere französischen, englischen und skandinavischen Nachbarn. In Asien wachsen praktisch alle Länder innerhalb des analysierten Zeitraums. Gegen Ende des Zeitraums schwächt sich das Wachstum in China jedoch ab.

Zur Investitionsdynamik: Die Investitionsdynamik ist sehr verschieden. In den emerging markets wird die Investitionsdynamik am größten sein. China investiert über vierzig Prozent seines Sozialprodukts, Deutschland mit zwanzig Prozent nicht einmal halb so viel. Auch Japan investiert sehr viel mehr seines Volkseinkommens als Deutschland. Die Amerikaner investieren nur ein bisschen mehr als Deutschland. Bei der Qualität der Investitionstätigkeit gibt es aber sehr große Unterschiede. Wenn der Staat permanent in die Investitionstätigkeit von Unternehmen interveniert, wie das in China der Fall ist, dann ist die Produktivität der Investition geringer. Es gibt viele Fehlinvestitionen, die allzu lange gegen die Logik des Marktes aufrechterhalten werden. Und überall dort, wo der Staat eine große Rolle spielt, und er tut es auch in Deutschland, im großen öffentlichen Sektor, sind die Ergebnisse, d.h. der Anstieg der Produktivität nicht so groß. In den USA ist die Produktivität der Investitionstätigkeit sehr hoch – deshalb, weil die Amerikaner einen Finanzmarkt haben, der radikal immer wieder erneut dafür sorgt, dass das Kapital dort hingeht, wo es hohe Erträge bringt. Und: Weil Amerika einen entrepreneurial spirit hat, der Europa fremd ist. Wirtschaftlicher Reichtum und ökonomischer Erfolg ist uns moralisch überlegenen Europäern etwas, das wie bei Diogenes im Fass zu Entsetzen führt und nicht zu Bewunderung. Wir betrachten erfolgreiche Unternehmer nicht als Benchmark, sondern als unerträgliche Ausbeuter. Wir müssen entscheiden, ob wir uns dieses Privileg gefühlter moralischer Überlegenheit erhalten wollen. Aus ökonomischer Perspektive sind die Konsequenzen jedoch offensichtlich; sie sollten Anlass zur Korrektur sein.

Zum Humankapital: Da komme ich noch einmal auf unsere demographische Entwicklung zurück. Unser Humankapital wird sich in der nächsten Zeit nur unwesentlich verbessern, weil in Deutschland, stärker als in anderen Ländern, Bildung Bildung gebiert – die PISA-Studie hat es gezeigt. In unserer Gesellschaft ist die vertikale soziale Mobilität gering. Die Gebildeten gebären oft nicht. Mit anderen Worten: die Chance, dass Bildung Bildung gebiert, ist wegen des Mangels an Gebärenden nicht



vorhanden. Vierzig Prozent der akademisch gebildeten Frauen bekommen keine Kinder und 44% der akademisch gebildeten Männer bekommen keine Kinder. Das größte Problem sind die partnerschaftsunfähigen gebildeten Männer! Deshalb haben wir eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass in unserem Land das verfügbare Humankapital knapper wird. Und das Problem erschweren wir noch dadurch, dass dem guten Drittel der Kinder mit Migrationshintergrund, die bei uns in Deutschland geboren werden, oft sprachliche Voraussetzungen für die erfolgreiche Meisterung der Grundschule fehlen. Bei zu vielen Migrantenkindern, die bei uns geboren werden, ist die Sprachausbildung bis zum Start der Grundschule nur unzureichend gewährleistet. Lassen sie es mich in aller Deutlichkeit sagen: Dafür können die Kinder selbst am wenigsten, tragen aber maßgeblich die Konsequenzen. Bislang hat unsere Gesellschaft keine systematische Antwort auf dieses nicht zu tolerierende Defizit gefunden, nicht einmal eine Antwort, die die Spanier – Spätstarter in der Entwicklung von Humankapital – längst gefunden haben, nämlich die obligatorische Vorschule für Kinder mit Migrationshintergrund.

Und damit habe ich etwas angedeutet, was noch wichtiger ist als die Hochschulreform für die Entwicklung unseres Humankapitals. So wichtig die Besserung der Elite-Universität ist, darüber würde ich nicht streiten wollen: quantitativ und für die nächste Zeit gesehen, ist die Vernachlässigung des Humankapitals, das ich gerade eben charakterisiert habe – ein Drittel des deutschen Humankapitals bei Kleinkindern –, eine Katastrophe. Die anderen zwei Drittel dürfen wir auch nicht vergessen. Die bewältigen zwar die deutsche Sprache im Einschulungsalter besser, aber wie kann es sich ein Land wie Deutschland leisten, keine flächendeckende ernstzunehmende Vorschulbildung anzubieten? Die Wahrscheinlichkeit, dass uns unsere Nachbarn in Europa in der Humankapitalentwicklung deutlich überholen, ist groß. Spanien wird eine enorme Humankapitalentwicklung deshalb haben, weil dort in der Nach-Franco-Zeit die Schulausbildung immer besser wurde, und die jetzt Ausgebildeten ihren Kindern mindestens die gleiche Bildung zukommen lassen. Deshalb steigt die absolute Zahl der hervorragend Ausgebildeten in diesen Staaten sehr viel schneller als bei uns. Und es gibt natürlich angesichts der größeren Zahl junger Menschen in anderen Ländern und der dort beobachtbaren Verbesserung der Bildung auch in diesen Gesellschaften ein enormes Anwachsen des relativen Anteiles der gut Ausgebildeten. Mit anderen Worten: der Anstieg der gut Ausgebildeten in Indien, in China, in Spanien wird eine enorme Wucht entfalten und die Stagnation bei

uns deshalb dramatische Implikationen haben. Das bedeutet, dass von den Investoren, die international mobil sind, wahrscheinlich in Zukunft noch öfter – wegen der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte – die Investition in neues Sachkapital dort erfolgt und nicht bei uns. D.h. die Alterung und Nichtverbesserung unseres Humankapitalbestandes wird zum Anreiz für die Sachkapitalauslagerung in jüngere und besser ausgebildete Gesellschaften.

Offenheit der Gesellschaft und der Wirtschaftsordnung: In kaum einem Punkt ist Deutschland so Spitze wie in Bezug auf Offenheit. Wir sind in Bezug auf Offenheit der Weltwirtschaft gegenüber allen vergleichbar großen Ländern deutlich überlegen. Offenheit ist in diesem Kontext als Grad der wirtschaftlichen Verflechtung zu verstehen. Der Umstand, dass wir Exportweltmeister sind, ist kein Zufall. Es ist ein systematisches und kontinuierliches Charakteristikum unserer Volkswirtschaft. Dies ist ein Pfund, mit dem wir wuchern können. Offenheit bedeutet, dass ein Land die schnellere, die umfassendere Möglichkeit hat, von den anderen zu lernen und die Bedürfnisse der anderen unmittelbarer und rascher festzustellen. Wir sind höchst leistungsstark bei der anwenderorientierten Gestaltung unserer Produkte und Dienstleistungen. Wir sollten stolz darüber empfinden, dass praktisch alle Hoteldirektoren der besseren Hotels der Welt entweder Schweizer oder Deutsche sind. Wir haben offenkundig auch Stärken. Das zeigt sich in unserer Exportindustrie. Dieses kleine Land mit achtzig Millionen Einwohnern und weniger als vierzig Millionen Erwerbstätigen, exportiert mehr als die 120 Millionen; Japaner, die wir alle offenkundig bewundern, mehr als die 300 Millionen, Amerikaner, die Überflieger in jeder Hinsicht, und mehr als die 1.200 Millionen Chinesen, vor denen derzeit alle Angst haben. Ob wir vielleicht einmal stolz darüber empfinden könnten, dass wir Exportweltmeister sind und mit unseren Produkten und unseren Dienstleistungen am Weltmarkt so gut ankommen? Es wäre außerordentlich nützlich, weil das nämlich zu Rückmeldungen führen würde. Diese könnten mithelfen, die Ausbildung und die Orientierung von jungen Menschen stärker zu internationalisieren.

Wer wird in den nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahren vorne stehen? Indien? China? Andere asiatische Tiger wie Malaysia? Aus der Summe der Faktoren – Bevölkerungsdynamik, Arbeitskräftedynamik, Investitionsquote, Humankapital und Offenheit – kommen verschieden starke Impulse. Das am stärksten wachsende alte Land wird die USA sein – mit Wachstumsraten jenseits von 3%. Innerhalb Europas dürfte deshalb,

weil es Einwanderung nach Spanien und Humankapitaldynamik in Spanien gibt, dieses Land relativ weit vorne sein. Das positive demographische Momentum in Spanien wird nur bis 2015 einen Beitrag leisten. Danach wird sich diese Dynamik abschwächen. Frankreich, England und Teile von Skandinavien werden uns an Dynamik sicherlich überlegen sein.

Wie rüstet sich Deutschland? Es rüstet sich nicht ausreichend und nicht entschlossen genug. Wie könnten wir uns besser rüsten? Was wären erfolgversprechende potenzielle Möglichkeiten/Handlungsalternativen? Aus dem Gesagten geht hervor, dass es ohne Bevölkerungswachstum und junge Arbeitskräfte sehr schwierig wird. Auf den Punkt gebracht: ohne Kinder geht's nicht. Wir können mit der ständigen Reduktion des aktiven Arbeitskräftepotenzials auf zwei Drittel in der jeweils nächsten Generation nur unseren Niedergang verwalten, aber nicht unsere Position stabilisieren. Mehr Kinder? Höchst wünschenswert. Wenn wir in den nächsten fünfzehn Jahren damit erfolgreich sind, sind mehr Kinder sehr wünschenswert und höchst dringend, aber wer das will, wie ich auch, der müsste noch mehr Anstrengungen auf den Weg bringen, noch mehr Anstrengungen an allen Fronten, die ich jetzt gleich nennen werde – einschließlich der Einwanderung –, denn ein paar junge Menschen werden wir dann, wenn wir mehr Kinder haben, auch für die Kinderbetreuung brauchen. Das ergibt sich wohl aus der Logik.

Mehr Kinder heißt für zwanzig Jahre weniger Erwerbstätige. Um dies zu kompensieren müssen wir: Eine Verkürzung der Erstausbildung um fünf Jahre erreichen und eine substantielle Verlängerung der Arbeitszeiten im Durchschnitt zustande bringen. Dass Erwachsene, die keine Betreuungsaufgaben haben, geringere Arbeitszeiten als die Schulzeiten der Kinder einschließlich der Zeit für die Hausaufgaben haben, ist unsittlich und unerträglich. Die 28-Stunden-Woche in Wolfsburg gehört zu diesen ökonomischen Unerträglichkeiten. Ich schätze alles unter fünfzig Stunden Arbeit für gesunde junge Erwachsene ohne Betreuungsaufgaben als eine Gefährdung der persönlichen Entwicklung ein. Wir brauchen aber natürlich auch, wenn die Lebenserwartung steigt – und die Lebenserwartung steigt um wenigstens zwei Jahre pro Jahrzehnt – eine Veränderung des Renteneintrittsalters um mehr als die Erhöhung der Lebenserwartung. Warum? Weil die Zahl der Beitragszahler wegen der geringen Kinderzahl immer stärker hinter die Zahl der Rentner zurückfällt. Dies sind die logischen Konsequenzen des Umlageverfahrens. Da wir dreißig Jahre in

dieser Hinsicht nicht nur verschlafen haben, sondern in die falsche Richtung gingen, brauchen wir eine Beschleunigung dieses Prozesses. Meine Altersgruppe wird vernünftigerweise besser darüber nachdenken, dass sie bis siebzig arbeitet und danach Teilzeit macht.

Wir Deutschen, wir Italiener und wir Spanier brauchen zudem eine neuwert stärkere Integration der Frauen in den Erwerbsprozess und in unternehmerische Leitungsfunktionen. Wir brauchen ihre Qualifikationen angesichts ihrer verbesserten Ausbildung. Um dies zu erreichen, brauchen wir kreativere Möglichkeiten zur Verbindung von Familie und Karriere. Ich bin froh, dass wir eine Frau haben, die aus Hannover in ein bestimmtes Ministerium gekommen ist und die der konservativen Partei relativ nahe steht und ein bisschen Trab macht. Es gibt nicht nur das eine positive Frauenbild: eine Mutter, die zu Hause ist und sich um die Kinder kümmert. Es gibt auch andere Modelle, die gleich gut sind. Und die waren auch früher unter Konservativen schon immer gut: Frauen waren immer in die Landwirtschaft eingebunden und in den freien Berufen. In unternehmerischen Familien war immer klar, dass Frau und Mann arbeiten, trotzdem Kinder haben und Familie und berufliche Herausforderungen gemeinsam meistern. Und die Deutschen könnten im Übrigen auch mal ins Ausland schauen, um zu sehen, dass andere Länder höhere Frauenerwerbsquoten haben und gleichzeitig höhere Geburtenzahlen, z.B. in Frankreich. Schon mal von Au-pair-Hilfen gehört?

## ZWEITES STATEMENT

*Georg Milbradt*

Die Globalisierung ist Folge der Öffnung der Welt, die 1989/90 mit dem Fall der Mauer und dem Ende der Blockkonfrontation stattgefunden hat. Durch den Eintritt von China und Indien in die Weltwirtschaft stehen wir vor zusätzlichen Herausforderungen. Denn beide Entwicklungen bedeuten, dass sich die Zahl der Arbeitskräfte, die im Wettbewerb stehen, weltweit dramatisch erhöht hat, das vorhandene Kapital aber zunächst konstant geblieben ist. Daraus folgt für einen Ökonomen, dass Löhne, also Arbeitseinkommen, im Verhältnis zu den Kapitaleinkommen tendenziell sinken werden, weil Arbeitskraft genügend vorhanden ist, Kapital aber knapp ist und deshalb in stärkerem Maße entlohnt werden muss. Diese Entwicklung ist in vollem Gange, aber sie ist bei weitem noch nicht abgeschlossen, sondern erst am Beginn. Dass der Kapitalzins steigt, zeigt sich daran, dass versucht wird, andere Kapital-Arbeit-Kombinationen zu realisieren. Die höchsten Renditen sind im Augenblick aber nicht mehr in (West-)Europa zu erreichen.

Die europäischen – oder besser gesagt: die westlichen Industriestaaten, in die ich die USA und Japan mit einschließen will – haben im 19 und 20. Jahrhundert eine in der Wirtschaftsgeschichte einmalige Stellung gehabt, die so kein anderer Akteur mehr wird einnehmen können: Sie waren fast allein in der Lage, Wissen zu generieren, zu monopolisieren, und den Rest der Welt mit ihren Industrieprodukten

zu versorgen. Im Austausch dafür bekamen sie billige Rohstoffe. Das Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit im Zeitalter der Industrialisierung war eine Privilegierung dieser westlichen Gesellschaften. Diese Privilegierung ist Geschichte oder wird es in absehbarer Zeit sein, weil mittlerweile ein nicht unerheblicher Teil der „Dritten Welt“ jetzt selber in der Lage ist, mit Wissen, mit Ausbildung und mit Technik am Markt teilzunehmen. Das wird insbesondere dazu führen, dass die westlichen Industrieländer relativ an Wohlstand verlieren. Ob sie absolut verlieren, hängt davon ab, wie hoch ihr Wachstum künftig ausfällt.

Klar ist: in den Industrieländern wird es Veränderungen bei der Verteilung geben. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren sie in der Lage, aufgrund ihres rasch wachsenden Wohlstandes einen sehr großzügigen Sozialstaat zu finanzieren; wenn man genau hinschaut, wurde er teilweise von der „Dritten Welt“ und ihren billigen Rohstoffen finanziert, nicht nur von den Reichen. Diese Umverteilung auf hohem Niveau wird sich so nicht aufrecht erhalten lassen. Überall dort, wo die Produktivität der Arbeitskräfte niedrig ist, werden die Löhne sinken. Die Frage ist, ob es gelingen kann, die im weltweiten Vergleich relativ hohen deutschen Löhne bei den mittleren und unteren Qualifikationsstufen zu halten. Leicht wird das nicht.

Der technische Fortschritt ist der andere Treiber der Globalisierung. Die Informationswege, die Möglichkeiten, Produktion weltweit zu steuern, und die Organisation einer weltweiten Arbeitsteilung innerhalb eines Unternehmens waren in diesem Maße vor 20 bis 30 Jahren noch nicht gegeben.

Ob Lebenswissenschaften oder Mikrotechnologie – der technische Fortschritt wird unsere Welt völlig verändern. Ich vermute, dass damit auch der klassische Dualismus von Arbeitnehmer und Arbeitgeber zum Teil überwunden wird. Der Arbeitnehmer wird zum Unternehmer, denn er wird sozusagen Unternehmer seines eigenen Humankapitals. Die juristischen und gesellschaftlichen Verhältnisse werden sich in den nächsten Jahren aufgrund des technischen Wandels entsprechend verändern.

Wenn wir das alles nicht wollen, dann müssen wir bereit sein, den Preis dafür in Form von Wohlstandsverlust zu zahlen. Das sind wir aber offensichtlich nicht. Unser innerer Zusammenhalt, den wir auch weiterhin bewahren wollen, beruht auf einem gewissen Maß an Wohlstand. Deswegen müssen wir uns dieser weltweiten Konkurrenz stellen.

Zu diesen Herausforderungen tritt noch die Demographie hinzu. Deutschland ist zwar im Augenblick nicht das Land mit der niedrigsten Geburtenrate, aber es ist das Land – zumindest in Europa –, das am schnellsten altert. Denn die Unterjüngung aufgrund des chronischen Geburtendefizits hat bei uns früher eingesetzt als anderswo in Europa, nämlich seit den 1970er Jahren. Das gilt auch für Sachsen, obwohl die DDR vorübergehend ansteigende Geburtenzahlen verzeichnete. Das bedeutet, dass wir schon in der nächsten Generation des Problems sind, während in den anderen Ländern der Prozess erst 20 Jahre später eingesetzt hat und Frankreich sogar eine stetig steigende Geburtenziffer zu verzeichnen hat.

Selbst wenn es gelänge, die Geburtenrate dauerhaft zu verdoppeln, würde das den Prozess der Schrumpfung und Alterung kurzfristig nicht stoppen. Die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter, also von 15 bis 49 Jahren, ist heute zwar etwa genau so groß wie Mitte der 60er Jahre, auf dem Höhepunkt des Babybooms. Sie schrumpft aber wegen der seitdem sinkenden Geburtenziffer bzw. der Alterung von 17,4 Mio. im Jahr 2004 auf rund 14,2 Mio. im Jahr 2050. Der Geburtsjahrgang 2006 ist halb so groß wie der Geburtsjahrgang 1966, dessen Fertilität bereits unterhalb der Reproduktionsrate liegt. Die reproduktive Basis wird kleiner. Bis aus der Verdoppelung dieser dezimierten Elterngeneration eine Verdoppelung der Enkelgeneration wird und die Bevölkerungspyramide wieder richtig herum steht, vergehen mindestens 30 bis 40 Jahre. So lange wird Deutschlands Bevölkerung weiter schrumpfen. Wir werden insbesondere in Ostdeutschland in den nächsten 20 bis 30 Jahren eine Halbierung der Restbevölkerung erleben.

Das zieht eine ganze Reihe von Problemen nach sich; ich will mich hier auf die Wirtschaft beschränken. Eine schrumpfende Bevölkerung bedeutet zunächst, dass der vorhandene Humankapitalstock kleiner wird. Auch eine deutliche Erhöhung der Geburtenzahl ändert daran in den nächsten 30 Jahren nichts, weil die zusätzlich geborenen Kinder dem Arbeitsmarkt erst dann in größerem Umfang voll ausgebildet zur Verfügung stehen. Zugleich verschlechtert sich das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnern, die Jungen müssen ein höheres BIP pro Erwerbstätigem erwirtschaften, wenn sie die Altersversorgung ihrer Eltern sichern und zugleich ihren eigenen Lebensstandard halten wollen. Die Produktivität des schrumpfenden Humankapitals muss also deutlich schneller wachsen als bisher.

Das könnte sich allerdings als schwierig erweisen, denn auch das Humankapital altert. Der Altersdurchschnitt der Erwerbstätigen steigt ständig an. Der Abstand zur Ausbildung wird immer größer, der innerbetriebliche Innovationsprozess, ausgelöst von jungen Absolventen, fällt weitgehend aus. Die Älteren verfügen zwar über viel Erfahrung, aber ohne das innovative Potenzial der Jungen sind bedeutende Produktivitätsschübe nicht zu erwarten.

Deswegen ist richtig, was Herr Walter zur Förderung des Humankapitals gesagt hat: Wenn wir weniger Kinder haben, müssen diese besser ausgebildet sein. Wir sprechen in diesem Zusammenhang zu viel über die Universitäten. Unser Universitätssystem und unsere außeruniversitäre Forschung sind eigentlich gar nicht so schlecht. Deutschland ist nach wie vor einer der großen Wissensproduzenten dieser Welt. Offensichtlich bringt unser System so viele gut ausgebildete junge Menschen hervor, dass wir auch in der Lage sind, das amerikanische Universitätssystem gleich mitzubeseetzen. Offensichtlich ist das System in Amerika weniger gut, denn Amerika importiert ja ständig hochqualifiziertes Humankapital. Das ist der Unterschied zu Deutschland. Wir exportieren einen Teil unseres hochqualifizierten Humankapitals, weil wir es nicht adäquat beschäftigen können, und importieren relativ gering qualifiziertes Humankapital, das unter den Bedingungen unseres Arbeitsmarktes gar nicht beschäftigt werden kann und direkt in die Sozialsysteme wandert.

Daraus folgt zweierlei. Erstens müssen wir die Nettoabwanderung stoppen, denn sie ist mittlerweile eine der Ursachen des Schrumpfens – gesamtdeutsch weniger stark als in Ostdeutschland, aber doch spürbar. Zweitens müssen wir neu über unsere Einwanderungspolitik nachdenken. Einwanderung in die Sozialsysteme brauchen wir nicht, wohl aber Zuwanderung von gut ausgebildeten jungen Menschen, die in unseren Arbeitsmarkt und unsere Gesellschaft integriert werden können.

Das verlangt nach einer anderen Steuerung der Zuwanderung, vor allem aber nach einer neuen Mentalität und Kultur. In der Bibel steht: Liebe deinen Nächsten so wie dich selbst. Wenn man sich selbst aber gar nicht liebt, dann gibt es auch keine Nächstenliebe. Das heißt also, wenn Integration funktionieren soll, müssen wir auch Achtung vor uns selbst haben. Wir müssen davon überzeugt sein, dass es auch ein Vorteil für die nicht Deutsch Sprechenden, nicht der deutschen Kultur zugehörigen Ausländer, eine Bereicherung auch für sie ist, sich dem deutschen Kul-

turkreis anzuschließen. An einer solchen Überzeugung hat es uns in der Vergangenheit gefehlt. Wir sind kein Volk, in das sich zu integrieren für Ausländer attraktiv wäre, anders als in Amerika oder in Frankreich. Erfolgreiche Integration und Zuwanderung als Teillösung für unser demographisches Problem verlangen von uns, dass wir über Werte nachdenken und darüber, was uns wirklich wichtig ist und worin wir gut sind.

Zuwanderung ist aber nur eine Teillösung, wenn wir verhindern wollen, dass unser Humankapitalstock weiter schrumpft. In erster Linie kommt es darauf an, dass wir unsere eigenen Ressourcen besser nutzen. Die Erwerbstätigkeit von Frauen ist eine solche Ressource, die im internationalen Vergleich von uns bisher nicht hinreichend genutzt wird.

Vor allem aber kommt es darauf an, die Potenziale der Älteren besser zu nutzen. Wenn die Zahl der Jungen und Alten gleich stark schrumpfen würde, wäre das nicht notwendig. Aber die Schrumpfung findet hauptsächlich am unteren Ende des Bevölkerungsbaums statt. Eine kleiner werdende Zahl Erwerbstätiger muss eine zunächst noch steigende Zahl von Rentnern finanzieren. Um die Belastung der jungen und mittleren Generation nicht zu groß werden zu lassen, müssen wir die Älteren länger im Erwerbsleben halten und ihr Humankapital länger ausnutzen.

Das funktioniert aber nur, wenn wir die gesellschaftlichen Bedingungen verändern. Solange wir Tarif- und Sozialsysteme haben, die im Grunde genommen den Arbeitgeber geradezu anreizen, alte gegen junge Mitarbeiter auszutauschen, wird aus entsprechenden Plänen trotz faktischer Heraufsetzung des Rentenalters nichts. Das fängt an mit dem Senioritätsprinzip: Ein Arbeitnehmer braucht nicht dann das höchste Einkommen, wenn er am Ende seines Erwerbslebens steht, sondern wenn er eine Familie zu ernähren hat. Hinzu kommt, dass ältere Arbeitnehmer unter Umständen weniger leistungsfähig sind. Sie können das zwar in einem gewissen Maße durch Erfahrung und Expertenwissen kompensieren. Aber in Zeiten des demographischen Wandels ist es schwieriger, in Unternehmen altersgemischte Teams zu bilden, in denen sich jugendliche Leistungskraft und das Erfahrungswissen der Älteren optimal ergänzen. Die innovatorische Dynamik wird erlahmen.

Was für das Tarifsysteem gilt, gilt auch für die Sozialsysteme. Wir belasten junge Menschen mit Kindern mit genau den gleichen Beiträgen zu Kranken- und Rentenversicherung wie kinderlose Ältere. Hier müssen wir über andere Systeme nachdenken.

Wenn wir unsere Sozial-, Tarif- und Steuersysteme nicht stärker auf die Beeinflussung der demographischen Entwicklung ausrichten, werden einerseits durchaus vorhandene Kinderwünsche auch weiterhin nicht in vollem Umfang realisiert, andererseits wird auch die Erwerbsquote Älterer im internationalen Vergleich weiter niedrig bleiben. Das Humankapital wird also an beiden Enden, bei den Jungen und den Älteren, weiter schrumpfen.

Ich will noch mal auf das Thema Bildung zurückkommen. Unsere Hochschulen sind nicht das Hauptproblem, wir müssen früher, bei den Schulen und den Kindergärten, ansetzen. Hier gibt es, wie PISA und andere Studien gezeigt haben, erhebliche Defizite. Wenn wir diese Mängel beheben, erreichen wir aber „nur“, dass sich die Qualität der Schulbildung und die Qualifikation der Schulabsolventen verbessern. Ob es allerdings gelingt, alle Schüler mit ihren unterschiedlichen Begabungen auf dieses höhere Niveau zu heben, ist zweifelhaft. Ich befürchte, dass wir bei den Qualifikationen eine weitere Spreizung erleben. Mit anderen Worten: Der Anteil derjenigen, deren Qualifikation für einen Arbeitsplatz in unserer wissensgetriebenen High-Tech-Wirtschaft nicht reicht, wird größer.

Diese Menschen haben in Deutschland ein Problem. In Ostdeutschland hat ein junger Mensch, der keine Berufsausbildung hat, ein fünfzigprozentiges Risiko, arbeitslos zu sein. In Westdeutschland gibt es auch diese Tendenz, aber nicht so ausgeprägt. Die Hochqualifizierten dagegen haben ein relativ geringes Arbeitslosigkeitsrisiko. In anderen Ländern sind die Chancen auf Arbeit weniger unterschiedlich verteilt. Natürlich haben die schlecht Ausgebildeten immer ein höheres Risiko und die gut Ausgebildeten ein geringeres Risiko. Aber diese extreme Spreizung ist Ausdruck eines bestimmten deutschen Systems.

Dieses System hat im Übrigen dazu geführt, dass Deutschland seine komparativen Wettbewerbsvorteile nicht voll ausschöpfen kann. Es gelingt uns nicht, die Arbeitskräfte aus den Branchen, die international weniger wettbewerbsfähig sind, in jene Branchen zu transferieren, die besser und günstiger produzieren als unsere Wettbewerber. Das können wir uns auf die Dauer nicht leisten, weil die Lasten, die durch mangelnde Flexibilität entstehen, auch in dem exportextensiven und wettbewerbsfähigen Sektor nach und nach so groß werden, dass er seine Wettbewerbsfähigkeit einbüßen wird.

Wir werden diese Nachteile unseres Wirtschaftssystems erst überwinden, wenn wir akzeptieren, dass sich die Löhne nach der Produktivität richten und dass wir bei den Einkommen nicht nur eine größere Spreizung zwischen Arbeit und Kapital bekommen werden, sondern auch zwischen Menschen unterschiedlicher Produktivität und Qualifikation.

Das kollidiert allerdings mit unserer sozialpolitischen Vorstellung, dass man auch bei einer Tätigkeit mit geringer Produktivität ein auskömmliches Einkommen erzielen muss. Diesen Konflikt kann nur ein Kombi-Lohn auflösen. Es geht mir dabei nicht um ein bestimmtes Modell, sondern ums Prinzip: Wenn der Staat möchte, dass unabhängig von der Qualifikation durch Arbeit ein bestimmtes Einkommen erzielt wird, dann sollte er auf keinen Fall einen Mindestlohn setzen. Vielmehr muss er die Arbeitseinkommen um Transfereinkommen ergänzen, wie das insbesondere die angelsächsischen Länder in der Vergangenheit gemacht haben, ich denke zum Beispiel an die negative Einkommensteuer oder „Welfare to Work“.

Faktisch ist die Entwicklung in diese Richtung bereits im Gange, aber noch nicht in ausreichendem Maße. In Ostdeutschland ist die Lohnspreizung bereits viel größer und die Flexibilität der Arbeitsverhältnisse viel höher als im Westen. Produktivitätssteigerungen und Bildungsmaßnahmen haben ebenfalls geholfen, viele Arbeitslose in Arbeit zu bringen. Die Menschen in Ostdeutschland sind dazu bereit, weil sie arbeiten wollen. Leider haben Politik und Tarifpartner die Wiedervereinigung nicht als Chance genutzt, die Tarif- und Sozialsysteme entsprechend neu zu justieren. Stattdessen hat man unter dem Motto „Gleichheit der Lebensverhältnisse“ versucht, Ostdeutschland an Westdeutschland anzugleichen. Angesichts einer schlechteren wirtschaftlichen Ausgangslage war der Preis dafür eine doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie im Westen. Die Option eines Kombilohnmodells ist nach der Wiedervereinigung leider nicht einmal ernsthaft erwogen, geschweige denn genutzt worden.

Ich möchte noch auf einen weiteren Aspekt der Globalisierung eingehen, nämlich auf das Verhältnis der großen Wirtschaftsböcke, weil ich das auch hautnah erlebe. Die Vorstellung, dass sich die ganze Welt nach den deutschen Vorstellungen von einer Sozialen Marktwirtschaft oder auch nur nach den Regeln offener Märkte richten wird, halte ich für naiv. Sicherlich muss es unser Ziel sein, die Märkte in Europa zu öffnen, und zwar unter Zuhilfenahme der Regionalpolitik, so dass es eine Konvergenz der stärkeren und schwächeren Regionen gibt.

Wir müssen aber erkennen, dass es nicht reicht, Wettbewerbspolitik nur für den europäischen Binnenmarkt zu machen und im globalen Kontext auf die WTO zu vertrauen. Das gilt insbesondere für den Bereich der Hochtechnologie. Unsere Hauptwettbewerber Amerika und Asien verfolgen hier eine völlig andere Strategie. Sie fördern die Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen nicht nur aus rein wirtschaftlichen Gründen, wegen der damit verbundenen Wohlfahrtseffekte. Sie sehen die Hochtechnologie vielmehr unter Machtgesichtspunkten. Sie wollen sich den Zugang zu den Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts sichern, weil sie glauben, dass der Besitz dieser Technologien langfristig nicht nur über den ökonomischen Erfolg entscheidet, sondern auch über politische Macht.

Wenn Europa in diesem technologischen Wettlauf nicht der Verlierer sein will, werden wir die Frage nach einer Industriepolitik stellen müssen. Ich weiß – ich bin selber Marktwirtschaftler –, dass man hier an ein Tabu rührt und dass man hier auch sehr schnell auf eine ganz schiefe Ebene kommt. Aber ich habe am Beispiel der europäischen Mikroelektronik, deren wichtigster Standort Dresden ist, gesehen, wie dieses Spiel läuft. Die Vorstellung, dass sich ein High-Tech-Unternehmen nur allein aufgrund der guten Standortbedingungen bei uns ansiedelt, ist falsch! Es gibt eine Reihe von Orten oder Regionen in der Welt, wo es sehr gute Standortbedingungen für Unternehmen der Mikroelektronik gibt. An welchem dieser Orte eine Investition erfolgt, hängt davon ab, was von staatlicher Seite über die optimalen Bedingungen hinaus geboten wird. Singapur bietet beispielsweise langfristige Steuerfreiheit.

Die Frage, welche wir uns in der EU stellen müssen, lautet also: Wollen wir bei Schlüsseltechnologien wie der Mikroelektronik weltweit mitspielen oder nicht? Diese Frage wird von der EU nicht beantwortet, sie begnügt sich damit, in ihrem Binnenmarkt für gleiche Wettbewerbsbedingungen zu sorgen. Wenn sie statt dieser provinziellen Betrachtungsweise über den Tellerrand hinausblickte, müsste sie die Frage beantworten, wie Europa technologisch mit Amerika und Asien mithalten kann, wie Europa im internationalen Wettbewerb um Schlüsseltechnologien bestehen kann.

Die Frage muss also zunächst lauten: Wollen wir, dass AMD in Europa eine dritte Chipfabrik baut? Wenn ja, dann müssen wir uns darauf einigen, in welchem Umfang die EU Geld bereitstellt und nationale Beihilfen oder steuerliche Sonderregelungen genehmigt, damit AMD an einem der

dafür in Frage kommenden, strukturell gleichwertigen Standorte in Europa investiert und nicht in Asien oder den USA. Hier ist Brüssel gefragt, denn nationale Alleingänge sind wegen der erforderlichen Finanzmittel und der institutionellen Rahmenbedingungen schon lange nicht mehr möglich. Eine solche europäische Industriepolitik wird darüber entscheiden, ob Europa bei den Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts dabei ist oder nicht.

Fazit: Die Globalisierung stellt uns vor eine Vielzahl von Herausforderungen. Deutschland weigert sich allerdings, diese Herausforderungen voll anzunehmen und hat Angst vor der weiteren Entwicklung. Warum eigentlich? Nicht, weil wir die Antworten nicht wissen. Deutschland hat, wie schon Roman Herzog sagte, kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Das liegt freilich nicht daran, dass wir nicht gescheit genug wären, als richtig Erkanntes auch umzusetzen. Ich glaube vielmehr, dass wir ein grundlegendes Problem haben: Unsere Gesellschaft glaubt nicht an die Zukunft! Zukunftsfragen spielen in der deutschen Politik und in der deutschen Gesellschaft nur eine untergeordnete Rolle. Über die Zukunft wird zwar geredet. Wenn man sich aber die öffentlichen Budgets ansieht oder die „Jahrhundertreformen“, dann geht es fast immer um Fragen der Gegenwart oder um Lasten aus der Vergangenheit. Es geht nicht um die Zukunft! Wir müssen aber viel mehr für die Zukunft tun, wir müssen investieren, wir müssen die richtigen Weichen stellen, wir müssen auch Zumutungen akzeptieren.

Das wird freilich schwierig. In der Demokratie muss man Mehrheiten organisieren, und Mehrheiten für Reformen, die mit Kürzungen von Sozialleistungen verbunden sind, wird es sehr bald nicht mehr geben. In Ostdeutschland beziehen bereits fast die Hälfte (47%) der wahlberechtigten Bürger ihr hauptsächliches Einkommen in Form von Sozialtransfers, jeder dritte Euro der ostdeutschen Haushaltseinkommen kommt vom Staat. In Westdeutschland leben 37% der Wahlberechtigten hauptsächlich von Transfereinkommen, gesamtdeutsch sind es 41%. Aufgrund der Alterung wird es nicht mehr lange dauern, bis eine Mehrheit der Wähler von Sozialtransfers abhängig ist und sich zulasten der Beitragszahler gegen weitere Kürzungen entscheidet.

Daraus folgt, dass das Zeitfenster für grundlegende Reformen sehr klein ist. Wir müssen die Antworten auf die Zukunftsfragen rasch finden. Denn anders als noch vor 40 oder 50 Jahren ist es nicht mehr so, dass die

Alten wegen ihrer Kinder und Enkel ein Interesse an der Zukunft haben. Ein großer Teil von ihnen, insbesondere die Generation der 68er, die in den geburtenstarken Jahren nach dem Krieg zur Welt kam und nun allmählich in Rente geht, hat weder Kinder noch Enkel. Diese „Generation Enkellos“ wird möglicherweise nicht zu Gunsten der Kinder und Enkel anderer Leute zurückstecken wollen. Damit werden sich die Generationenkonflikte verschärfen.

Dies ist die zentrale Erkenntnis: Wie müssen die Zukunftsdebatte führen, solange das noch möglich ist. Wir müssen über unsere Zukunft als Volk, als Gesellschaft, als Wirtschaft nachdenken. Wenn wir dazu bereit sind und die notwendigen Entscheidungen fällen, werden wir die vor uns liegende Riesenherausforderung meistern. Das wird nicht leicht, aber wir Deutschen verfügen über die Kraft, die Talente und die Fähigkeiten, das zu schaffen.

## DEUTSCHLANDS WACHSTUMS- POTENZIAL NUTZEN!

ANTWORTEN DER POLITIK

*Volker Kauder*

Der Tagungsort der heutigen Veranstaltung ist mit Cadenabbia in der Lombardei gut gewählt, denn die Lombardei ist die führende Industrieregion Italiens mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen aller italienischen Regionen und damit auch Vorbild in puncto wirtschaftliches Wachstum und Prosperität.

Wenn über Wachstumsregionen diskutiert wird, ist meistens von denselben Ländern die Rede, die zugleich ein Epizentrum von Kreativität, Risikobereitschaft und Innovationen darstellen. Die Prognosen der Deutschen Bank lassen die Wachstumszentren in Ländern wie Indien, Malaysia und China vermuten, gefolgt von Thailand, der Türkei und Irland. Deutschland rangiert danach auf Platz 27 von 32 Ländern.

Der kräftige Aufschwung, den wir gegenwärtig erleben, lässt aber vermuten, dass auch Deutschlands Wachstumspotenzial höher ist als das seit einiger Zeit gemessene Potenzialwachstum. Auch wenn man die Zielsetzung des Lissabon-Prozesses, Europa bis zum Jahre 2010 zur wachstumsstärksten Region der Welt zu machen, erst einmal als



nicht erreichbar ansieht, müssen wir uns nicht damit abfinden, dass das längerfristige reale Wachstum in Deutschland bei eineinhalb bis zwei Prozent seine obere Grenze findet. Deutschland kann mehr und dies müssen wir unter Beweis stellen, indem wir die Quellen des Wachstums in Deutschland wieder stärker zum Sprudeln bringen.

Zu einer Politik für mehr Wachstum gibt es auch keine Alternative, wenn wir zentrale politische Ziele erreichen wollen, den weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit, die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte oder die dauerhafte Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme.

Die Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat sich dies auch zur Aufgabe gemacht und damit begonnen, gravierende Defizite und Schwächen, die die Attraktivität des Standorts Deutschland zunehmend beeinträchtigen, abzubauen. Bereits unmittelbar nach Übernahme der Regierungsverantwortung und in den Monaten danach hat die unionsgeführte Bundesregierung wichtige Initiativen und Reformen in zentralen, wachstumsträchtigen Feldern auf den Weg gebracht.

Diese Politik zeigt bereits erste Früchte. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist beträchtlich in Schwung gekommen und hat endlich auch die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte erfasst. Die Zahl der Arbeitslosen geht seit Monaten stetig zurück und neue Beschäftigung wird aufgebaut. Fast alle Prognosen sehen in den nächsten Jahren gute Chancen für eine Fortsetzung dieses wirtschaftlichen Aufholprozesses. Aufgabe der Politik ist es nun, diese Entwicklung durch die richtigen politischen Weichenstellungen weiter zu fördern und zu festigen. Weitere Maßnahmen zur Stimulierung des wirtschaftlichen Wachstums betreffen meines Erachtens folgende Felder:

## **1. FORSCHUNG UND INNOVATIONEN FÖRDERN**

Die stärkere Förderung von Forschung und Innovationen und Bildung ist ein solcher Bereich, in dem mehr getan werden muss und aus diesem Grunde einer der Schwerpunkte der Arbeit der unionsgeführten Bundesregierung. Hier besteht mit Blick auf den europäischen Vergleich und auf das Lissabon-Ziel von drei Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung ganz erkennbar Nachholbedarf. Deutschland weist derzeit eine Quote von lediglich 2,5 Prozent auf. Hohe Investitionen in Forschung und

Entwicklung sowie in Humankapital, also in die Ausbildung von Fachkräften, sind jedoch essentielle Voraussetzung für die Zukunftssicherheit der deutschen Wettbewerbsposition auf den Märkten dieser Welt, gerade mit Blick auf die aufholenden Länder wie China und Indien.

Bis zum Jahre 2010 soll deshalb nach dem Willen der unionsgeführten Bundesregierung und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Zielmarke von drei Prozent erreicht werden. Bis zum Jahre 2009 werden zusätzlich sechs Milliarden Euro, im Jahre 2006 bereits 800 Millionen Euro für besonders zukunftssträchtige Forschungs- und Entwicklungsvorhaben bereitgestellt. Insgesamt stehen in dieser Legislaturperiode fünfzehn Milliarden Euro für Investitionen in Forschung und Entwicklung bereit. Der Innovationsmotor in Wissenschaft und Wirtschaft wird mit einer Innovationspolitik auf Touren gebracht, die insbesondere Querschnitts- und Spitzentechnologien unterstützt und die Brücke zwischen Forschung und neuen Märkten stärkt und weiter ausbaut. Die Maßnahmen werden erstmals als gemeinsame Strategie der gesamten Bundesregierung in einer „High-Tech-Strategie Deutschland“ zusammengefasst.

Mit einer Innovationspolitik aus einem Guss werden die Förderung der gesamten Innovationskette und die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen wie Regulierung, Normung oder Schutz geistigen Eigentums ins Blickfeld gerückt. Der Weg und die Zeit von der wissenschaftlichen Innovation bis zum marktfähigen Produkt sollen deutlich verkürzt werden. Um neue Leitmärkte zu schaffen, werden mit siebzehn Innovationsstrategien klare Ziele und Zeitpläne mit konkreten Initiativen erstellt in zukunftssträchtigen Bereichen wie Gesundheitsforschung, Sicherheitstechnologien, Energietechnologien, Optische Technologien, Information und Kommunikation oder Nanotechnologien. Mit der konsequenten Umsetzung aller siebzehn Innovationsstrategien und mit dem entsprechenden finanziellen Einsatz der Unternehmen lässt sich neue Beschäftigung in einer Größenordnung von weit über eine Million Arbeitsplätzen schaffen.

Ein besonderes Augenmerk gilt der Förderung innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) mit einem Anstieg der finanziellen Mittel zur Förderung von Forschung und Entwicklung von KMU bis 2009 um vierzig Prozent auf 850 Millionen Euro. Die Finanzierung von Forschungsvorhaben durch Banken und Investoren wird erleichtert, die Bedingungen für Wagniskapital werden verbessert.

Die oft feststellbaren Defizite in der Umsetzung von neuen Entwicklungen und Erkenntnissen aus der Grundlagenforschung in marktfähige Produkte finden in der „High-Tech-Strategie Deutschland“ besondere Beachtung und sollen ebenfalls gezielt angegangen werden. Mit der Einführung einer Forschungsprämie für Forschungsaufträge kleiner und mittlerer Unternehmen an Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen werden Anreize für eine anwendungsorientierte Wissenschaft, eine forschungsfreundliche Wirtschaft und für eine bessere Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft gesetzt.

Einige Forschungsfelder stehen seit einiger Zeit in besonderem Maße in der politischen Diskussion, die Grüne Gentechnik etwa, die Stammzellenforschung oder auch die Energieforschung. Gentechnisch veränderte Nutzpflanzen können einen wichtigen Beitrag leisten zur Reduktion von Pflanzenbehandlungs- und Düngemitteln, zur Verbesserung der Produktqualität und zur Verringerung der Belastung von Produktionsflächen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich deshalb auch dafür ein, dass mit der erforderlichen Novellierung des Gentechnikgesetzes die Grüne Gentechnik im Interesse der Sicherung der hier führenden Forschung in Deutschland gefördert wird. Dabei muss selbstverständlich die Koexistenz zwischen gentechnisch veränderten, konventionellen und ökologischen Kulturen ebenso gewahrt werden wie das Interesse der Verbraucher und Landwirte nach Transparenz und Sicherheit. Mit der weiteren Förderung der Energieforschung müssen wir Deutschlands führende Position in den Bereichen Energieeffizienz, Versorgungssicherheit, erneuerbare Energien sowie Umwelt- und Klimaschutz erhalten. Der gegenwärtig feststellbare Rückstand Deutschlands beim Mitteleinsatz für die Energieforschung muss aufgeholt werden, die Energieforschung muss zu einer zentralen Säule der Forschungspolitik werden. Der effizientere Umgang mit Rohstoffen, der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien, die Weiterentwicklung klimafreundlicher Techniken bei fossilen Rohstoffen sowie die Erschließung neuer Ressourcen sind nämlich der Schlüssel für eine zukunftsfähige Energieversorgung und damit für Wachstum und Beschäftigung. Aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kommt auch der Sicherheitsforschung im Bereich kerntechnischer Anlagen und der Fortentwicklung der Fusionsforschung weiterhin eine große Bedeutung zu. Hier muss nach sieben Jahren rot-grüner Politik dringend umgesteuert werden, damit das große Know-how Deutschlands auf diesem Gebiet im Interesse eines weltweit sicheren Betriebs kerntechnischer Anlagen gewahrt und weiterentwickelt werden kann. Im Bereich der Stammzel-

lenforschung halten wir an der Position fest, dass Forschungsarbeiten zum reproduktiven Klonen, zur Keimbahnintervention, zur Herstellung von Embryonen zu Forschungszwecken und die verbrauchende Embryonenforschung nicht finanziert werden dürfen. Ethische Gesichtspunkte müssen hier ganz klar gewahrt werden.

## **2. BÜROKRATIEABBAU UND BESSERE RECHTSETZUNG: MEHR FREIHEIT FÜR DEN MITTELSTAND**

Bürokratie und ein Übermaß an Regulierung sind eine Bremse für die Entfaltung von Ideen und Leistungsbereitschaft und damit auch für Wachstum und Beschäftigung. Deshalb ist es eine vordringliche Aufgabe der Politik, Umfang und Ausmaß staatlicher Regeln zu überprüfen und bei Bedarf zu beseitigen. Nicht jede Norm bewirkt Gutes – nicht jedes Gesetz erreicht sein Ziel. Die Große Koalition hat daher unter Führung der Unionsfraktion einen viel versprechenden Anfang beim Abbau von Bürokratie gemacht. Mit dem Standardkostenmodell, das in den Niederlanden mit großem Erfolg eingesetzt wird, können nun erstmals bürokratische Auswirkungen systematisch abgeschätzt und beziffert werden. Die Einrichtung des Nationalen Normenkontrollrates setzt ebenfalls ein wichtiges Zeichen. Künftig wird im Vorfeld von Rechtssetzungsvorhaben das Ausmaß von Bürokratie überprüft – und bei Bedarf eingedämmt oder verändert. Auch bei geltenden Rechtsvorschriften wird die Bürokratiekostenmessung möglich. Mit dem Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse im Mittelstand werden in unterschiedlichen Rechtsbereichen unnötige Vorschriften abgeschafft. Der Mittelstand, der viel für Arbeitsplätze und die Ausbildung junger Menschen tut, jedoch am meisten durch überflüssige Bürokratie betroffen ist, wird wirksam entlastet. Den Unternehmen wird so mehr unternehmerische Freiheit und Flexibilität zurückgegeben. Aus diesem Zusammenhang wird ersichtlich, wie wichtig gute Rechtsetzung ist – sowohl für die Steuerungskraft des Staates als auch für die Wachstumschancen von Unternehmen. Hier gibt es noch viel zu tun. Der Abbau von Bürokratie und unnötiger Regulierungen bleibt damit ein wichtiges politisches Ziel.

## **3. STRUKTURVERÄNDERUNGEN**

Eine solide Haushaltspolitik ist eine weitere wichtige Voraussetzung für die Verbesserung der Perspektiven für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Mit der Regierungsübernahme hat die Union ein schweres

Erbe angetreten, denn unter Rot-Grün hatte sich die Lage der öffentlichen Haushalte dramatisch verschlechtert. Die Neuverschuldung war auf neue Rekordhöhen gestiegen, das strukturelle Defizit summierte sich allein im Bund jährlich auf rund fünfzig Milliarden Euro. Über Jahre hinweg verletzte Deutschland den unter Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl durchgesetzten Europäischen Stabilitätspakt und die damit verbundenen Maastricht-Kriterien. Damit wurde nicht nur die Stabilität der europäischen Währung gefährdet, sondern auch die finanzpolitische Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland erschüttert. Damit verbunden war ein erheblicher politischer Vertrauensverlust in Europa. Denn wer eine unseriöse Haushaltspolitik betreibt, kann auch von anderen keine Disziplin verlangen. Angesichts dieser für heutige und künftige Generationen belastenden Haushaltslage stand die Große Koalition vor einer gewaltigen Reformaufgabe. Der notwendige Konsolidierungsbedarf ist enorm und kurzfristig nicht zu bewältigen. Ein weiteres Hinausschieben der notwendigen Haushaltssanierung wäre aber verantwortungslos und würde den Konsolidierungsbedarf nur noch weiter in die Höhe treiben. Die Tragfähigkeit und Qualität der öffentlichen Finanzen ist aber nicht nur eine zentrale Herausforderung für die Finanz- und Haushaltspolitik. Sie ist auch eine wesentliche Voraussetzung für stabiles, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze. Und sie ist die Grundlage für eine Politik, die auch kommenden Generationen Freiräume und Handlungsmöglichkeiten öffnet.

Verantwortliche Politik setzt Ehrlichkeit voraus. Deshalb hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rahmen der Haushaltsplanung auf der Basis realistischer Einschätzungen für eine nachhaltige Konsolidierung eingesetzt. Schon der Etat für 2006 – obwohl eigentlich als Übergangshaushalt eingestuft – stellt bereits eine wichtige Weichenstellung auf dem Weg zu konsolidierten Staatsfinanzen dar. Er folgt den Grundsätzen verlässlicher Haushaltspolitik und korrigiert die drastischen finanziellen Fehlentwicklungen der letzten Jahre. Entsprechend dem Dreiklang aus „Sanieren – Reformieren – Investieren“ verbindet die Große Koalition die notwendige Sanierung der Staatsfinanzen mit Maßnahmen, die bereits kurzfristig die Wachstumsdynamik erhöhen. Zur Stärkung besonders zukunftsträchtiger Bereiche investiert der Bund bis 2009 rund 25 Milliarden Euro, um Wachstumsimpulse zu setzen. Die steigenden Ausgaben für Forschung und Entwicklung entsprechen unserem politischen Bekenntnis zu Investitionen in die Köpfe und damit in die technologische Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Mit der Ausweitung der Verkehrsinvestitionen will die Union die Infrastruktur spürbar verbessern.

Bereits im Haushalt 2007 wird die Nettokreditaufnahme im Vergleich zu 2006 um rund 8,3 Milliarden auf 19,6 Milliarden Euro vermindert. Sie liegt damit unter der verfassungsrechtlichen Regelgrenze nach Art. 115 Grundgesetz. Auch das Defizitkriterium des EU-Stabilitätspakts wird wieder eingehalten. Das gesamtstaatliche Defizit geht im Jahr 2007 auf etwa -1,2 Prozent des Bruttoinlandprodukts zurück. Damit entfaltet der eingeschlagene Kurs der Haushaltskonsolidierung schon jetzt seine Wirkung und macht den Staat fiskalisch wieder handlungsfähig.

Die Große Koalition hat sich auch auf eine Unternehmenssteuerreform und auf eine Reform der Erbschaftsteuer verständigt. Die Unternehmenssteuerreform soll am 1. Januar 2008 in Kraft treten. Das zentrale Ziel dieser Reform wird mit den unlängst vereinbarten Beschlüssen erreicht: Wir senken die steuerlichen Belastungen für alle Unternehmen – Mittelstand und große Kapitalgesellschaften – auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von unter dreißig Prozent. Ein wichtiger Erfolg aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist zudem die Tatsache, dass das Problem der Gewinnverlagerung ins Ausland nicht mit Maßnahmen bekämpft wird, die zu einer erheblichen Besteuerung der unternehmerischen Substanz geführt hätten. Die vereinbarten Beschlüsse zur Gegenfinanzierung erlauben eine Nettoentlastung von rund fünf Milliarden Euro und stellen damit sicher, dass das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht in Frage gestellt wird. Mit der Senkung der Unternehmenssteuern setzt die Union eine wichtige Forderung der deutschen Wirtschaft um. Es wird die Unternehmen dazu animieren, zu investieren und ihre Gewinne in Zukunft wieder stärker als bisher in Deutschland versteuern und nicht im Ausland.

Eine Reform der Erbschaftsteuer mit dem Ziel der Erleichterung des Generationenwechsels bei Familienbetrieben wird nach dem Willen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion möglichst rasch umgesetzt. Damit wird einem wichtigen mittelstandspolitischen Anliegen entsprochen. Kernpunkt dieser Reform ist das Ziel, die Belastung aus der anfallenden Erbschaftsteuer schrittweise zu erlassen, wenn das vererbte Unternehmen mindestens über zehn Jahre fortgeführt wird. Damit werden wir die Fortführung von Unternehmen, die Regelung der Betriebsnachfolge und den Erhalt von Arbeitsplätzen gerade im Mittelstand deutlich erleichtern.

Die Reform der bundesstaatlichen Ordnung ist ein zentrales Anliegen der Großen Koalition und von zentraler Bedeutung für die politische Arbeit und Entscheidungsfindung in Deutschland. Der Föderalismus ist

mit seiner langen Tradition untrennbar mit der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland verbunden. Die Politikverflechtung zwischen Bund und Ländern hat aber im Laufe der Zeit dazu geführt, dass für die Bürgerinnen und Bürger eine klare Zuweisung von Kompetenzen und Verantwortlichkeiten immer schwieriger geworden ist. Ausdruck dieser Entwicklung war auch die zunehmende Bedeutung des Vermittlungsausschusses in den Gesetzgebungsverfahren mit seinen für die Bürger oft nicht ausreichend transparenten Verhandlungsstrukturen. Dieser Befund der bisher geltenden Verfassungslage war nicht neu – allein der Wille und die Mehrheit für Reformen fehlten. Nach vergeblichen Anläufen in der Bundesstaatskommission, die Beziehungen zwischen Bund und Ländern neu zu ordnen, ist der Großen Koalition ein Durchbruch gelungen. Die Föderalismusreform ist die umfassendste Änderung unserer Verfassung seit Inkrafttreten des Grundgesetzes. Durch die Reform werden die Gestaltungsrechte des Bundestages gestärkt. Bundesgesetze werden überwiegend nur noch als Einspruchsgesetze, nicht mehr als Zustimmungsgesetze erlassen, welche ohne die Zustimmung des Bundesrates nicht in Kraft treten können. Zustimmungspflichtig sind nun aber Bundesgesetze, die erhebliche Kostenfolgen für die Länder begründen. So wird die Anzahl der zustimmungspflichtigen Gesetze voraussichtlich annähernd halbiert und Bundesgesetze können schneller verabschiedet werden. Im Gegenzug erhalten die Länder mehr Eigenverantwortung und Gestaltungsfreiheit. Sie erhalten wieder die Letztverantwortung für die Regelung des Verfahrens und der Behördenorganisation bei der Ausführung von Bundesgesetzen durch die Länder. Den Kommunen dürfen künftig in Bundesgesetzen keine Aufgaben und damit Kosten übertragen werden.

Die europapolitische Handlungsfähigkeit wird durch einen nationalen Stabilitätspakt zwischen Bund und Ländern und Regeln für die Haftung bei Verletzung von Umsetzungspflichten oder der Stabilitätsvorgaben der EU gestärkt. Die Inhalte der Föderalismusreform spiegeln die Ziele der Union wider: Subsidiarität und einen lebendigen und kraftvollen Föderalismus, der von gesamtstaatlicher Solidarität und Wettbewerb zwischen den Ländern lebt und Deutschland nach außen handlungsfähig macht. Insgesamt wird für die Bürger wieder klarer erkennbar, welche politischen Entscheidungen der Bund oder die Länder zu verantworten haben. Damit stärkt die Reform letztlich auch die Parlamente und die Demokratie als Ganzes.

Die Große Koalition wird bei der Reform unserer föderalen Strukturen nicht stehen bleiben, wir streben auch eine Reform der föderalen Finanzverfassung an, um die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neu zu ordnen. Ein wichtiges Element ist hierbei die Neufassung der Verschuldungsregeln für die Gebietskörperschaften und die Schaffung eines nationalen Stabilitätspaktes. Nur so kann die Last der Konsolidierung gerecht und verbindlich auf alle Schultern verteilt und die Finanzverantwortung aller Beteiligten gestärkt werden.

#### 4. ENERGIEPOLITIK

Eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung ist von strategischer Bedeutung, gerade im Lichte des weltweit stark wachsenden Energiebedarfs, und bedarf der unvoreingenommenen Prüfung aller Energieträger, einschließlich der erneuerbaren Energien wie auch der Kernenergie, sowie einer marktkonformen Energie- und Umweltpolitik, die den Wettbewerb fördert. Die Bundesregierung hat dieses Thema aufgegriffen und der Diskussion mit den Beteiligten einen festen Rahmen gegeben mit den Energiegipfeln am 3. April 2006 und am 9. Oktober 2006. Ziel dieser Gespräche muss es nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sein, ein nationales Energiekonzept für sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung zu entwickeln. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt, dass auf dem zweiten Energiegipfel auch das Thema Energieeinsparung, Energieeffizienz eine wichtige Rolle gespielt hat. Die Senkung des Energieverbrauchs durch moderne Technologien verringert die Importabhängigkeit, senkt die Energiekosten und leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Das von der Bundesregierung mit 5,6 Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode fortgesetzte CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm leistet hierfür einen wertvollen Beitrag.

Das Thema Endlager für nukleare Abfälle muss nach dem Willen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in dieser Legislaturperiode zügig und ergebnisorientiert angegangen und abgeschlossen werden. Dies gibt auch der Koalitionsvertrag vor. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich in diesem Zusammenhang zu dem Konzept der zwei Endlager. Der „Schacht Konrad“ ist zügig als Endlager fertig zu stellen und in Betrieb zu nehmen, das Moratorium in Gorleben muss aufgehoben werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich auch zu dem Ziel der Koalitionsvereinbarungen, die erneuerbaren Energien bis 2020 auf mindestens sechzehn bis zwanzig Prozent am Gesamtenergieverbrauch und mindestens dreißig Prozent am Stromverbrauch auszubauen. Deshalb wird das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) fortgeführt und 2007 auf seine wirtschaftliche Effizienz überprüft. Die Förderung wird entsprechend der feststellbaren Entwicklung der erneuerbaren Energien angepasst werden, auch im Interesse bezahlbarer Energiepreise. Das Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien wird in dieser Legislaturperiode fortgesetzt. Mit der Verabschiedung des Energiesteuergesetzes werden mit maßvollen Steuersätzen und der Festlegung einer Beimengungspflicht für die deutsche Biokraftstoffwirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen und damit Planungssicherheit geschaffen. Damit können Biokraftstoffe auch in Zukunft einen Beitrag zu einer sicheren, kostengünstigen und umweltgerechten Energieversorgung leisten. Gleichzeitig werden die Subventionen reduziert und die Biokraftstoffe zur Wettbewerbsfähigkeit hingeführt.

Die Energie- und Strompreise in Deutschland sind in den zurückliegenden Jahren zu einer großen Belastung für die Industrie und die privaten Haushalte geworden. 40 Prozent der Stromrechnung sind dabei staatlich veranlasste Abgaben, die sich seit 1998 verfünffacht haben. In Zukunft muss geprüft werden, an welchen Stellen und auf welchem Wege Entlastungen bei den staatlich verursachten Preissteigerungen ermöglicht werden können. Bereits mit dem ersten Gesetz zur Änderung des EEG werden jetzt energieintensive Unternehmen bei den Kosten der Förderung erneuerbarer Energien entlastet, für besonders energieintensive Unternehmen wird die Umlage des EEG auf 0,05 Cent je Kilowattstunde begrenzt. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Mehr Wettbewerb im Strombereich ist jedoch darüber hinaus im Interesse bezahlbarer Energie dringend erforderlich. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt deshalb die Anstrengungen der Bundesregierung, die Anreizregulierung für eine wirksame Kontrolle der Netznutzungsentgelte möglichst rasch umzusetzen, einen diskriminierungsfreien Netzzugang für neue Kraftwerksbetreiber zu gewährleisten, den grenzüberschreitenden Stromhandel zu intensivieren und das zweite Binnenmarktpaket Energie in ganz Europa vollständig umzusetzen. Auch eine Stärkung des Kartellrechts ist zu prüfen, um Marktmissbrauch zu verhindern und wettbewerbsfähige Strompreise sicherzustellen.

Mit dem Nationalen Allokationsplan 2008-2012 werden die Weichen gestellt für die Erreichung der vereinbarten Klimaschutzziele und für ein einfacheres und transparenteres Emissionshandelssystem in der zweiten Handelsperiode in den Jahren 2008 bis 2012. Insgesamt wird das Budget der am Emissionshandel teilnehmenden Unternehmen aus der Energiewirtschaft und Industrie auf 453 Mio. t CO<sub>2</sub> pro Jahr begrenzt. Die unterschiedlich strengen Auflagen für die Energiewirtschaft und die Industrie zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emission stärken die Industrie am Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb. Der Wegfall von Sonderregelungen macht den Emissionshandel für die beteiligten Unternehmen und Behörden praktikabler und unbürokratischer.

## 5. GLOBALISIERUNG UND FREIHANDEL

Für Deutschland als führende Exportnation ist die Durchsetzung von freiem Welthandel, der erfolgreiche Abschluss der Doha-Welthandelsrunde von vitalem Interesse. Jeder fünfte Arbeitsplatz in Deutschland hängt unmittelbar von der Exportwirtschaft ab und die Europäische Union als Ganzes bestreitet einen Anteil von über zwanzig Prozent am Welthandel. Insofern bedauern wir, dass die Verhandlungen im Rahmen dieser Welthandelsrunde bis auf weiteres unterbrochen wurden. Diese Verhandlungen müssen zügig wieder aufgenommen und zu einem Abschluss geführt werden. Deutschland hat im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft die Möglichkeit, bei der Wiederbelebung der Doha-Runde eine aktive Rolle zu übernehmen. Deutschland und die EU halten aus guten Gründen am Konzept einer multilateralen Handelsordnung fest. Nur dadurch wird allen Beteiligten eine größtmögliche Teilhabe an den Vorzügen eines freien Welthandels gewährleistet.

Aber die Tatsache der bislang gescheiterten Bemühungen, den freien Welthandel weiter zu fördern, wirft selbstverständlich schon die Frage nach gangbaren Alternativen auf, Alternativen, die nicht immer der reinen Lehre entsprechen. Können wir es uns leisten, unser politisches Handeln immer und in jedem Fall an der reinen Lehre der Ordnungspolitik zu orientieren?

Hier teilt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Standpunkt der EU-Kommission, dass auch bilaterale Handelsabkommen als Alternative in Betracht gezogen und angestrebt werden sollten. Dabei könnten solche Abkommen durchaus auch über den aktuellen Stand der WTO-Verhand-

lungen hinausreichen und zu Vereinbarungen über gemeinsame Regeln für unternehmerische Investitionen führen.

Auch die Industriepolitik liefert immer wieder Fälle, die die Frage nach einem Abweichen von der reinen ordnungspolitischen Lehre aufwerfen. Im Falle des Unternehmens EADS etwa geht es nicht nur um rein unternehmerische Fragen, sondern auch um Standortpolitik. Und ich erachte es als die Pflicht der Bundesregierung, hier deutsche Interessen aktiv wahrzunehmen. Dies gilt insbesondere dann, wenn auf französischer Seite der Staat nach wie vor einen beträchtlichen Anteil am Aktienwert des Unternehmens hält.

Unbeschadet dieser Einschränkungen bleibe ich bei der Auffassung, dass Deutschland und Europa gut beraten sind, wenn sie auf internationaler Ebene eine aktivere Rolle bei der Gestaltung der Globalisierung einnehmen. Es ist nämlich nicht ohne Belang, nach welchen Vorstellungen die gemeinsamen Spielregeln für die Ordnung auf den Kapitalmärkten und für den unternehmerischen Wettbewerb ausgehandelt werden. Hier muss die Europäische Union und auch Deutschland ein wichtiges Wort mitreden.

Die Globalisierung ist sicherlich eine Chance – für alle Beteiligten, deren Realisierung aber ein entschiedenes Engagement erfordert. Die Globalisierung zu bestehen heißt, den Wettbewerb anzunehmen, sich nicht abzuschotten, sondern seine Chance zu suchen. Wir müssen in Deutschland wieder mehr Chancen eröffnen und den gesellschaftlichen Aufstieg ermöglichen. Mindestens so wichtig für die Menschen wie die Frage nach der sozialen Absicherung durch den Staat muss die Frage wieder werden, welche Chancen durch staatliches und privates Handeln eröffnet werden können. Wenn wir dies erreichen, haben wir die Herausforderungen der Globalisierung gemeistert und mehr wirtschaftliches Wachstum inklusive.

## WAS IST DIE WIRTSCHAFT?\*

*Burkhard Spinnen*

An meinen Großvater mütterlicherseits habe ich nicht allzu viele Erinnerungen. Er starb, knapp achtzig Jahre alt, als ich noch ein Junge war. Geboren wurde er 1893 nahe der holländischen Grenze in einem kleinen Dorf. Er stammte aus einer sehr armen, kinderreichen Familie; sein Vater war Landarbeiter. Die Familie wohnte in einem Haus ohne befestigten Fußboden; zum Wochenende, so erzählte mein Großvater, wurde Sand über den gestampften Erdboden gestreut und dann zusammen mit dem Schmutz der Woche hinausgekehrt. Da auf den Feldern ringsum nicht genug Arbeit war, wurde mein Großvater nach kaum sieben Schuljahren in eine Fabrik geschickt, die mehr als eine Stunde Fußweg von seinem Elternhaus entfernt lag. Nach dem Ersten Weltkrieg, da war er Mitte zwanzig, leistete mein Großvater die biografische Schwerstarbeit, etwa dreißig Kilometer weit in die aufstrebende Industriestadt Mönchengladbach zu übersiedeln. Dort verbrachte er die nächsten vierzig Jahre als Arbeiter in der Textilindustrie. Vom dauernden Umgang mit einer großen Schere beim Abschneiden der schweren Stoffbahnen waren ihm zwei Finger der rechten Hand steif geworden.

Ob es Absicht war, bezweifle ich sehr – aber während seines gesamten Arbeitslebens in der Großstadt lebte mein Großvater an deren äußerem Rand, wo es erstaunlich rasch

ins Ländliche übergang. Gegenüber von dem Mietshaus, in dem er unter dem Dach wohnte, unterhielt er in einer Baulücke einen größeren Garten; kaum hundert Meter weiter begannen hinter dem Einschnitt einer Bahnlinie die Felder. Manchmal, nicht oft, ging ich dort mit meinem Großvater spazieren. Diese Spaziergänge langweilten mich. Mein Großvater war niemand, der viel zu erzählen hatte. Und erst recht wusste er, ein Mann mit den Füßen im 19. Jahrhundert, so gar nichts zu erzählen, das einen kleinen Jungen hätte fesseln können, der schon im Zeitalter der Weltraumfahrt lebte.

Erst heute, wieder vierzig Jahre später, wundert mich, worüber mein Großvater damals mit mir redete. In der Hauptsache erklärte er mir nämlich, was auf den Feldern wuchs, wie das Getreide sich in diesem Jahr entwickelte, wie sich das Wetter ausgewirkt hatte, was die Bauern im Moment erwägen mussten und was er, wenn er zu entscheiden hätte, als Nächstes tun würde. Und dann bückte er sich, nahm etwas vom Boden auf und entschied, ob der eher zu trocken oder eher zu feucht sei.

Sechzig Jahre lang war mein Großvater damals Arbeiter gewesen, mit einer Unterbrechung von nur vier Jahren, in denen er in französischen Schützengräben die Kriegsmaschinen bedient hatte. Aber tatsächlich war er der Sohn eines Landarbeiters geblieben. Zwar verstand er einiges von Technik; er galt sogar als Tüftler, er konnte ein Moped bis ins letzte Einzelteil zerlegen und wieder zusammensetzen, so dass es fuhr. Aber ich bin mir sicher: Er hielt – wie seine Eltern – bis an sein Lebensende die Landwirtschaft für die Grundlage der Volkswirtschaft. Und indem er, der Arbeiter, etwas von der Landwirtschaft verstand, verstand er – wie er wohl glaubte –, was die ganze Wirtschaft um ihn herum bestimmte und zusammenhielt. Ich vermute, er hat zeit seines Lebens die Technik für einen modernen Zusatz, für eine Draufgabe gehalten, die keinen Anspruch anmelden durfte, einmal die Natur des Menschen zu werden.

Wenige Jahre vor seinem Tod verpflanzten meine Eltern ihn und seine Frau in den vierten Stock eines Hochhauses, wo man die beiden besser versorgen konnte. Vor der Elektrik des Fahrstuhls versagte das großväterliche Bewusstsein endgültig und gewissermaßen demonstrativ. Es war ihm absolut nicht beizubringen, dass der Lift auf bloßen Knopfdruck seinen Bestimmungsort erreichen konnte. Irgendwo musste doch ein menschlicher Befehlsempfänger sitzen und den Mechanismus bedienen! Bis zu seinem Tod ließ mein Großvater sich davon nicht abbringen.

Warum erzähle ich das? – Weil ich mit meinem Großvater einen Menschen vorstellen möchte, der sich zwar in einem dramatischen Irrtum über das befand, was seine ökonomische Gegenwart bestimmte, der sich allerdings in einem solchen Irrtum noch befinden konnte, weil er immerhin eine Vorstellung vom Gesamtzusammenhang der Ökonomie hatte. Zweimal in seinem Leben, während und nach den beiden Weltkriegen, hatten ihn sein Hunger und die unerhörten Lebensmittelpreise in dem Glauben bestätigt, dass Missernten, seien sie durch Wetter oder Krieg bedingt, die existenzielle Bedrohung der Gesellschaft bedeuteten. Wenn er nicht an seinem Moped schraubte, war er in seinem Garten, wo er, zum gelinden Spott seiner Kinder und Schwiegerkinder, fast bis zu seinem Lebensende praktisch alles Lebensnotwendige anbaute. Das Landwirtschaftliche, aus dem er stammte, gab ihm bis zu seinem Tod den Bezugsrahmen für seine (gewiss sehr schlichten) Gedanken über das Große und Ganze.

Ich, sein Enkel, habe dies und das studiert und halte mich für gut informiert. Aber ein Muster vom Großen und Ganzen der Ökonomie besitze ich nicht. Kein definitiv falsches, weil antiquiertes, wie die Landwirtschaft, aber auch keines, das dem modernen und globalisierten, dem gewissermaßen ubiquitären und selbstverständlichen, weil alternativlosen Kapitalismus gerecht werden könnte. Nun gehöre ich als Schriftsteller ja zu einer Kaste von Menschen, die schon zu Zeiten der Landwirtschaft alles Handfeste vorsätzlich missverstehen oder gering schätzen durfte. Aber keineswegs sehe ich um mich herum lauter Menschen, die mir locker und aus dem Handgelenk die modernen Wirtschaftsmechanismen erklären könnten, Menschen etwa, die mir aus eben der selbstverständlichen Grundkenntnis heraus die internationalen Börsenschwankungen oder den Hype der New Economy erläuterten, aus der heraus mir mein Großvater die Auswirkungen eines zu milden Winters auf das Gedeihen der Fröhsaat beschrieb. Im Gegenteil: Ich, der ich als Schriftsteller jedem Menschen mit einem „richtigen“ Beruf zähneknirschend, aber umgehend alles Mögliche an Kenntnissen und Fähigkeiten unterstelle, sehe um mich herum nur lauter gut ausgebildete Fachleute für begrenzte Sektoren unserer modernen Wirtschaftswelt, die zugleich blutige Laien fürs Große und Ganze sind. Und insbesondere sind sie Laien, wenn es um das Finanzielle geht, über das sich heute wesentliche Bereiche unserer Gesellschaft (wie etwa das Gesundheitswesen) beinahe ausschließlich definieren.

Und wenn ich dann einmal versuche, mir das General-Bild auszumalen, das nach Lage dessen, was ich höre und erfahre, in den meisten Köpfen all dieser Fachmannslaien existieren könnte, so entsteht zu meinem eigenen Erstaunen ein Genre-Bild, das eigentlich völlig verblasst sein müsste: Es ist das Bild des feudalen Gutshofes. Dort residiert und regiert der Besitzer. Man sieht ihn allerdings kaum. Vielleicht lebt er im Ausland oder ist, weil eine Aktiengesellschaft, für das bloße Auge nicht sichtbar. Den Ton geben seine Verwalter an, die Manager; sie sind nicht beliebt, gelten aber als unverzichtbar. Die vielen Arbeiter des Gutshofes wohnen in den kleinen Stuben unter dem Dach des Herrenhauses oder in kleinen Häusern am Rande des Großgrundbesitzes. Ihre Haltung gegenüber dem Dienstherrn ist eine Mischung aus Mürrisckheit, Fleiß, Hass und Willfährigkeit. Die Fachleute unter ihnen reden viel davon, sich selbstständig zu machen, die meisten tun es aber nie – denn in der Regel sind sie eher froh, sich nicht wie die Verwalter in die verwickelten Zusammenhänge der großen Wirtschaft begeben und genauer rechnen oder planen zu müssen, solange sie im Ausgleich für diesen Ausschluss von den höheren Mühen auch den von den schwereren Sorgen erwarten dürfen. So, wie der Gutsherr (streng, aber gerecht und mildtätig) den alten Pferden das Gnadenbrot gibt, so gibt er es auch den alten Knechten und Mägden; und sollte unter seinem Gesinde einmal ein besonders begabtes Kind sein, so zahlt er dessen Jahre auf der Lateinschule und lässt es Intellektueller werden. Wie die Verwalter nachwachsen, kann keiner sagen.

Nein, ich bin nicht zynisch. Außerdem rede ich ja ganz bewusst auch von mir und meinesgleichen, von unseren Erfahrungen und Gefühlen. Der Wunsch, ohne ein elaboriertes ökonomisches Weltbild auskommen zu dürfen, entspringt der naiven, aber verständlichen Hoffnung, der freiwillige Verzicht auf dieses Weltwissen werde mit einem Mehr an Sorglosigkeit belohnt. Niemals in der Weltgeschichte ist die Komplexität der ökonomischen Gegenwart dem Bedürfnis der Menschen nach überschaubaren Lebensbildern so weit enteilt. Nie war es so wünschenswert wie heute, möglichst lange, möglichst für immer ein Kind im Geiste zu bleiben. Die Aufklärung hatte es noch fertig gebracht, auch den durchschnittlichen Mitteleuropäer zu einem Maß an Selbstdenken zu verpflichten, das weit über das hinausging, was jahrhundertlang die Religion an Unterwerfungsarbeit unter die Glaubenssätze forderte. Im Zeitalter der Ideologien sah es dann sogar so aus, als werde es demnächst der Regelfall sein, dass praktisch jeder erwachsene Mensch mit einem an

den Rändern einigermaßen trennscharfen Weltbild herumginge, das sich jederzeit zu dem seines Nebenmenschen in Konkurrenz setzen ließe.

Doch irgendwann, wahrscheinlich schon lange vor dem ominösen Jahr 1989, hat sich der Geist der Gegenwart, der in den beiden Weltkriegen als Ungeist der Gewalt den Menschen so teuflisch nah auf die Haut gerückt war, mit einem Sprung vom Durchschnittsbewusstsein entfernt. „Die Politik ist das Schicksal“, hatte schon Napoleon vorausschauend dekretiert, also nicht mehr die Natur in Form von schlechtem Wetter und verdorbenen Ernten. Nun aber, da die ideologischen Gegensätze sich über Nacht aufgelöst zu haben schienen, kehrte das Ökonomische auf die Schicksalsposition zurück. Freilich nicht so gut erkennbar wie der Hagel und das faule Korn, sondern diffus und numinos wie der Wechsel der internationalen Börsenkurse. Kein Wunder also, dass der europäische Mensch, der über den Schlachtfeldern der Weltkriege allmählich einiges von der Dialektik der Aufklärung, sprich von der Gewaltbereitschaft des Ideologischen zu spüren bekommen hatte und gerade dabei war, die Ideologien an den Rändern weicher und grüner zu malen, vor der neuerlichen Aufforderung zum Umdenken in Masse kapituliert und sich auf genau die Gutshofmentalität zurückgezogen hat, gegen die in den Reden der Gewerkschaftsfunktionäre noch immer traditionsbewusst zu Felde gezogen wird: Ich tue mein Teil, heißt es in diesem Weltbild des Rückzugs aus der Frontlinie des Bewusstseins, ich bin nur ein kleines Rädchen, fürs große Ganze sollen andere sorgen – und weil ich nichts davon verstehe, bin ich, wenn's hart auf hart kommt, ein Gegenstand der Fürsorge.

Nein, ich bin nicht zynisch. Aber hören Sie sich doch um in dieser Republik! Was hat sich seit den nationalchauvinistischen Stammtischen vergangener böser und dunkler Epochen verändert? Die ökonomischen Stammtische unserer Gegenwart scheinen zwar gut ausgeleuchtet, aber sie sind weiterhin von wenig Kenntnis gesättigt, und flugs schlägt bei Besitzstandsverlust auch ihre Gutwilligkeit in einen Chauvinismus um, der nicht einmal mehr Nationalitäten oder Hautfarben braucht, um sich seine Gegner zurechtzuzimmern. Gleich hören sie sich dann wieder an wie die Stammtische in den kleinen Schänken der kleinen Kirchspiele rund um das Gutsherrenhaus, in denen lautstark nur die Probleme besprochen werden, die sich in einem Kreis von weniger als zehn Metern rund um den Sprecher befinden. Es ist rührend mit anzuhören, wie die Vorredner solcher Stammtische im Zeitalter globaler und börsenregulier-



ter Wirtschaft das Vokabular und die Vorstellungswelt des frühen Marxismus bemühen. Rührend ist das, weil es überhaupt noch den Versuch zu einem organisierten und systembildenden Sprechen darstellt, während in den allermeisten Fällen die momentanen Opfer der Weltwirtschaft sich dem Staat oder den Konzernen gegenüber genauso verhalten wie die Kinder des Bauern gegenüber dem Vater, wenn sie nach einer gewaltigen Missernte die gleichen Essensrationen fordern, wie es sie im Vorjahr nach einer Rekordernte gab – listig vertrauend darauf, dass man unverständigen Kindern nicht das Wissen um die schlimmsten Fährnisse der Existenz zumutet.

Mein Großvater hieß übrigens Heinrich Ophetfeld. Auch in der deutschen Schreibung seines niederländischen Namens blieb seine Herkunft, räumlich wie geistig, bewahrt. Ich selbst komme, wie die meisten Menschen heute, nirgendwoher, kenne mich fast überall leidlich aus, nur nicht im zeitgenössischen großen Ganzen, das zwar nicht mehr in komplizierten politischen Konstruktionen und Utopien, sondern in ökonomischen Fakten und Zahlen spricht, dabei aber noch viel mehr als die Ideologien von allem Handfesten verlassen zu sein scheint. Meine Texte in diesem Buch werden Dokumente meines Versuchs sein, im Gespräch mit jemandem, dessen Beruf es ist, über Wirtschaft zu reden, mich meiner Unkenntnis zu versichern und mich vielleicht an ein Verständnis des Ökonomischen heranzusprechen, das auf möglichst angemessene Art und Weise ein Leitbild für meine Gegenwart abgeben könnte.

Folgerichtig widme ich meine Beiträge meinem Großvater Heinrich Ophetfeld.

\* aus: Burkhard Spinnen, Eberhard Posner: *KlarsichtHüllen. Ein Dialog über Sprache in der modernen Wirtschaft.*, Carl Hanser Verlag München Wien, 2005, S. 1-8.

## AUTOREN UND HERAUSGEBER

*Professor Dr. Klaus Henning,  
Vorstand Institut für Unternehmensdynamik, RWTH Aachen*

*RA Christoph Kannengießer,  
Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung*

*Volker Kauder, MdB,  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

*Professor Dr. Bernhard Kempen,  
Präsident des Deutschen Hochschulverbandes*

*Professor Dr. Georg Milbradt  
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen*

*Dr. Franz Schoser,  
Mitglied des Vorstands und Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung*

*Burkhard Spinnen,  
Autor und Literaturpreisträger der Konrad-Adenauer-Stiftung 1999*

*Professor Dr. Norbert Walter,  
Chefvolkswirt Deutsche Bank Research.*